

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telegraphische Anweisung: Spediens

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Genehmigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Entgelt für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 1. Juni 1932.

Lohndrucker-Armee?

Nazis und Arbeitsdienstpflicht.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Von den Nazis haben wir bisher nichts anderes gehört als Versprechungen und Agitationsphrasen. Endlich und zum erstenmal wird der Öffentlichkeit ein Programmpunkt dargelegt. Es ist die Arbeitsdienstpflicht.

Seit Jahr und Tag war diese Arbeitsdienstpflicht ein Lieblingsgedanke der Industriekapitäne. Pensionierte und beschäftigungslose Offiziere witterten Morgenluft und propagierten sie gern, im Auftrage und im guten Sold dieser Erzherzöge und Grubenbarone. Wo und wie wäre auch im kapitalistisch-imperialistischen System ein Fabrikant ohne den Degen des Offiziers denkbar? Kein Wunder, wenn deshalb dieser Tage nicht etwa ein Gewerkschaftler und Kenner der Arbeiterschaft, sondern ein Oberst Hierl von der Reichsleitung der Nazis den Plan der Arbeitsdienstpflicht ausgearbeitet und vorgetragen hat. Wiederum ein Beweis für die intime Koalition zwischen Grosskapital und Nazis, und wie fein säuberlich diese "Arbeiter"-Partei auf das Kommando der Arbeitgeber exerziert und einschwenkt.

Immerhin: so sehnlich der Wunsch der Industriekapitäne und Militaristen nach Arbeitsdienstpflicht gewesen ist, in den Zeiten kapitalistischer Hochkonjunktur waren damit keine Rosen zu pflücken. Die Arbeiterklasse roch den Braten und selbst das Kleinbürgertum hatte keine Lust der Industrie ihre Söhne als billige Arbeitssoldaten zu liefern. Geändert hat sich dieses Bild vollkommen, seitdem Millionen von fleissigen Händen infolge der Krise des Kapitalismus feiern müssen und sich vergebens nach Arbeit ausstrecken. Die Jugend wächst heran, ohne je eine Arbeitsstätte gesehen zu haben. Diese Jugend verwahrlost körperlich, geistig und sittlich. Sie steht jahraus-jahre in, Tag für Tag in den Arbeitsnachweisen, sie lungert in den Strassen der Städte und Dörfer, sie walzt über die Chausseen, sie radikalisiert immer mehr, sie hungert nach Beschäftigung und Brot, sie fällt allen Marktschreibern und Nutzniessern dieser Not in die Hände, wandert für sie ins Gefängnis, belastet die Angehörigen und den Haushalt, und statt zum Segen lässt die kapitalistische Gesellschafts-"Ordnung" diese Jugend und die strotzende Kraft zu einem Fluch für die Eltern und für sich selbst werden. Verzweiflung ergreift das Volk, und kein Wunder, wenn die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten rufen: "Gebt dieser Jugend Arbeit, gebt unsren Söhnen Brot und den Sinn des Lebens, und bewahrt sie vor dem Zuchthaus!" So ist die Idee der staatlichen Arbeitsversorgung für die Jugendlichen bis tief in die Arbeiterkreise hineingedrungen, als ein Ausweg und als Aushilfemittel in dieser Zeit der schweren Not und in der Not dieser schweren Zeit. So weit, so gut und so weit liess sich heute über eine Arbeitspflicht reden, als produktive freiwillige Erwerbslosenfürsorge.

Das aber ist es grade, dass diesem Dritten Reich und seinen industriellen Auftraggebern diese Not und dieser Gedanke des Arbeitsdienstes nur Mittel zum

Zweck sein soll. Hunger und Arbeitslosigkeit, Terror, Barbarei und Mittelalter, das sind die Pfeiler auf denen dieses Dritte Reich errichtet werden soll und nur so wird auch die Gesetzgebung aussehen und in diesem Sinne soll auch die Arbeitsdienstpflicht angewandt und verwandt werden. Klipp und klar spricht es dieser Oberst Hierl aus: "Jeder Deutsche ist Arbeiter und Kämpfer für sein Volk. Daraus entsteht für jeden Deutschen die Verpflichtung, während der Jugend eine bestimmte Zeit seinem Volke durch Handarbeit zu dienen." Als ob es ausser den Söhnen von Grossindustriellen und Bankiers bisher in Deutschland Menschen gegeben hätte, die in ihrer Jugend keine Arbeitsstätte hätten aufsuchen müssen; als wenn die Arbeiter, Angestellten, Beamte und Mittelständler selbst in den besten Konjunkturzeiten soviel verdient und so hohe Bankkonten hätten anlegen können, dass ihre Söhne nur auszusuchen brauchten, ob sie monatelang an die Riviera oder in die Luxushotels der Schweiz hätten fahren sollen. Ersetzen wir aber das Wort des Herrn Hierl vom Arbeiten in das Wort "Dienen", dann haben wir den richtigen Sinn. Und mit diesem "Dienen" will das Dritte Reich gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. "Dienen", wie es der Offizier versteht, und "Dienen" wie es gleichzeitig der Grossindustrielle meint.

Das Programm der Kaserne mit Offizieren als Ausbilder und Erzieher, bis zum Einjährig-Freiwilligen, bis zur Uniform und den Rangabzeichen, das ist der oberste Grundsatz dieser "Arbeits"-Dienstpflicht, und die eigentliche Arbeit, als Wege- und Siedlungsbauer kommt erst in zweiter Linie. Ganz militärisch soll auch kein Lohn, sondern ein "Taschengeld", besser gesagt, ein Sold von täglich 30 bis 50 Pfennig bezahlt werden, und von der Inspektion bis zur Gruppe ist alles da, was sich ein Soldat vorstellen kann. Zwei Jahre soll diese Dienstpflicht dauern, vom 19. - 22. Lebensjahr und pro Jahrgang rechnet er 450 000 Dienstpflichtige in den ersten Jahren. Er errechnet ferner einen jährlichen Staatszuschuss "von einigen 100 Millionen", wie viel hunderte von Millionen Mark ist nicht gesagt, es kommt ihm auch auf ein paar mehr oder wenige nicht an. Der Wohltätigkeit ist keine Grenze gesetzt und auch nicht der Steuerbelastung für die Bevölkerung und vor allem für die Arbeiter und Angestellten. Es ist auch keine Grenze dem gesetzt, was die Eltern ihren Söhnen als Zulage, wie einst, in die Kasernen schicken müssen. Die Hauptsache ist: wir haben jährlich fast eine Million dienender Arbeitssoldaten, selbst dann, wenn alle deutschen Wege und Strassen zementiert und geölt oder gar holzgepflastert sind. Auch dann wird es noch "Arbeit für das Volk" geben und Arbeitsdienstpflicht. Ja gerade dann! Denn wenn einmal wieder eine gute Konjunktur da ist und die Arbeitslosigkeit verschwunden wäre, gerade dann ist ein Heer von Arbeitspflichtigen notwendig als Lohndrücker für die in der Werkstatt und im Betriebe stehenden Arbeiter und Angestellten. Wer sich dann in der Kaserne weigert, seinem Vater in den Rücken zu fallen, für den gibt es Militärgesetze genug, ihn zu zwingen. Ein Gedanke, der heute durch Not und Elend als Ausweg zur Rettung aus schlimmsten Gefahren für die Jugendlichen selbst in der Arbeiterschaft keimt und erwogen wird und fassend auf dieser Not sollen im Dritten Reich Ketten geschaffen werden, die wie Bleiklumpen für alle Zeiten von der deutschen Arbeiterklasse am Beine geschleppt werden.

Zum erstenmal hat die nationale "Arbeiter"-Partei ausser Phrasen und Agitationsversprechungen einen Plan ausgearbeitet und dargestellt, und dieses erste von uns nur in groben Strichen und nicht einmal in seinen volkswirtschaftlichen Ungeheuerlichkeiten aufgezeigte Programm lässt uns den ganzen arbeiterfeindlichen Januskopf des Dritten Reiches erblicken. Auch hier ist nur noch zu sagen: Deutschland erwache, ehe es zu spät ist!

SPD. Frankfurt/M., 1. Juni (Eig. Dr.)

Die "Rhein-Mainische Volkszeitung", das Zentrumsorgan von Frankfurt a.M., schreibt in ihrer Mittwoch-Ausgabe zu der Betrauung von Papens u.a.:

"Wenn hinter der Absicht des Reichspräsidenten, Herrn von Papen mit der Regierungsbildung zu beauftragen, die Hoffnung sichtbar wird, dass dieser rechtsstehende Zentrumsmann der Zentrumspartei die allmähliche Annäherung an den "neuen Kurs" erleichtern werde, so dürfte die Enttäuschung schnell nachfolgen. In Zentrumskreisen wird nämlich gerade die Tatsache, dass von Papen an die Stelle treten soll, die ein Mann von den Qualitäten Brünings inne hatte als Affront empfunden. Die Ereignisse stecken voll von Erinnerungen. Als die Oberste Heeresleitung im Jahre 1917 in Anmassung einer Rolle, die ihr nicht zukam, den Sturz des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg erzwungen hatte, kam man in der allgemeinen Verlegenheit auf die ausgefallene Idee, den persönlich höchst ehrenwerten und im Umkreis der Ämter, die er bis dahin verwaltet hatte, sicher auch sehr tüchtigen preussischen Ernährungskommissar Georg Michaelis zum Reichskanzler zu machen. Der unglückliche Mann war seiner neuen Verantwortung in keiner Weise gewachsen. Er hat als Typ einer personifizierten Verlegenheitslösung in die Geschichte eingehen müssen. Es sieht so aus, als ob jene Vorgänge von damals sich wiederholen sollten. Die Einleitung jedenfalls stimmt. Die Herren Militärs haben Bethmann, die Herren Militärs haben Brüning zum Sturz gebracht, und der Herr von Papen hätte sich dem Vergleich mit Michaelis nur dadurch entziehen können, dass er den Auftrag des Reichspräsidenten von vornherein abgelehnt hätte - wozu ihn, den Zentrumsmann, nach der, sagen wir: rücksichtslosen Behandlung, die Brüning erfahren hat, im übrigen auch jene Haltung hätte bestimmen sollen, die in bürgerlichen Niederungen Takt und Feingefühl genannt wird. Einen Mann von der internationalen Autorität, dem geistigen Profil und den unbestrittenen Leistungen Brünings durch Herrn von Papen zu ersetzen und zu diesem Zwecke 14 Tage vor Lausanne eine Regierungskrise zu veranstalten - wenn das die Weisheit der neuen Gewalten ist, dann bleibt wirklich nichts übrig als sich zu wundern."

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich am Mittwoch mit der politischen Lage nach dem Rücktritt der Regierung befasste, gibt über ihre Haltung gegenüber einer Rechtsregierung folgendes bekannt:

"Der Sturz der Regierung Brüning, die ausserhalb des Parlaments durch unverantwortliche Ratgeber des Reichspräsidenten herbeigeführt worden ist, eröffnet eine ausserordentlich schwere innen- und aussenpolitische Krise. Die Art der Bildung und der Zusammensetzung der Reichsregierung ist gegen das Volksinteresse und gibt keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitslosen. Desgleichen ist die Führung einer Aussenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der notwendigen internationalen Zusammenarbeit führt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf die Verfassung und die Demokratie den Kampf zu führen, steht der sich bildenden Regierung mit schärfstem Misstrauen gegenüber und wird daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen."

+ + +

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschloss nach mehrstündiger Beratung, "dass für ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei eine aktive Beteiligung an einem Uebergangskabinettt von Papen nicht in Frage kommt".

Auf Grund dieses Beschlusses hat Reichspostminister Schätzel die Aufforderung des Herrn von Papen, in eine von ihm zu bildende Regierung einzutreten, abgelehnt.

SPD. Paris, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sozialistische Kongress nahm am Mittwoch-Vormittag einen Bericht Léon Blums über die Unterhaltung mit den Radikalen entgegen. Einstimmig wurde dann folgende von Renaudel im Namen der Unterhändler redigierte und von der Entschliessungskommission gebilligte Resolution angenommen:

"Der Kongress nimmt von der Rede, mit der Herriot auf das Programm der sozialistischen Partei geantwortet hat, und von der Entschliessung der radikalen Partei Kenntnis, die die Rede Herriots gebilligt hat. Er stellt fest, dass auf diese Weise die Unterredungen beendet sind, deren Ausgangspunkt der Beschluss des Sozialistischen Kongresses gewesen ist."

Die Frage der Regierungsbeteiligung ist mit der obigen Entschliessung für die Sozialisten in negativem Sinne entschieden.

SPD. Köln, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Robert Ley, Herausgeber des "Westdeutschen Beobachter" in Köln, der an dem tätlichen Überfall auf den Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und den Kölner Polizeipräsidenten Bauknecht im Hotel Deist in Köln beteiligt war und kürzlich zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, musste Köln verlassen. Im Braunen Hause in München ist man langsam zu der Einsicht gekommen, dass Ley, der seiner Partei in Köln nicht erst durch den Überfall auf Otto Wels unbequem geworden ist, in der rheinischen Metropole nicht mehr länger zu halten ist. Ley ist deshalb ohne Sang und Klang von Köln nach München abgereist, wo er auf Befehl Schickelgrubers als Stellvertreter von Strasser fungieren soll. Dieses Amt wurde bisher von dem Fememörder Schulz versehen, der inzwischen für die Leitung der Abteilung Freiwilliger Arbeitsdienst bestimmt worden ist.

SPD. Paris, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Die neugewählte Kammer trat am Mittwoch nachmittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Das Haus war ausserordentlich stark besetzt. Herriot wurde beim Betreten des Sitzungssaales von den Radikalen mit Beifall begrüsst.

Der Alterspräsident Grousseau (Linksrepublikaner) eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf Doumer, der von den Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, stehend angehört wurde. Als dann der Präsident die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufhob, riefen die Kommunisten einige Minuten lang im Chor: "Amnestie! Amnestie!" Diese Kundgebung bezog sich darauf, dass zwei kommunistische Abgeordnete ihr Mandat vorläufig nicht ausüben können, weil sie wegen politischer Vergehen im Gefängnis sitzen. Die übrigen Abgeordneten schenkten den kommunistischen Schreibern keinerlei Aufmerksamkeit.

In der neuen Sitzung hielt der Präsident die übliche Eröffnungsrede. Die Kammer vertagte sich dann auf Freitag vormittag zur Bestätigung der Wahlergebnisse.

Die nationalistische Fraktion der Republikanischen Union des Abgeordneten Marin hat sich gespalten. Etwa 20 Mitglieder haben unter Führung des früheren Verkehrsministers Pernot beschlossen, eine neue Fraktion zu bilden, die sich wahrscheinlich "Republikanische und Soziale Union" nennen wird.

SPD. Amsterdam, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Reichskanzlerkandidat von Papen findet in der ganzen holländischen Presse eine sehr ungünstige Aufnahme.

Der "Telegraaf" erinnert an sein Auftreten als Militärattaché in Washington während des Weltkrieges und ist der Auffassung, dass das erste Auftreten als Diplomat, selbst wenn man den vielen sensationellen Artikeln der englischen Blätter während der Kriegsjahre über seine Person keinen Glauben schenken will, doch keine Schule für das Reichskanzleramt gewesen sei. - Das sozialistische "Het Volk" begrüsst es, dass Brünning seinen Namen für zu gut gehalten habe, um in der neuen Regierung die Rolle des Wimpels auf einem mit Abfallstoffen beladenen Kahn zu spielen. Viele Lichtpunkte für Deutschland seien unter den obwaltenden Umständen nicht wahrzunehmen. Auch der "Neue Rotterdamer Courant" hält die Wahl des Herrn von Papen im Hinblick auf die Gefühle des amerikanischen Volkes für sehr unglücklich. Das Blatt ist ferner der Meinung, dass es die Aufgabe der neuen Regierung sei, den Sieg der Nationalsozialisten bei den kommenden Reichstagswahlen dadurch vorzubereiten, dass sie das Odeum für die Auflösung der gegenwärtig schier unüberwindlichen Schwierigkeiten auf sich nehmen.

SPD. Paris, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Die in Metz erscheinende Zeitung "Der Lothringer" meldet, dass die Gattin des Reichskanzlerkandidaten von Papen aus dem Saargebiet stammt und Verwandte französischer Staatsangehörigkeit in Metz besitzt.

SPD. München, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz begründet die ablehnende Haltung ihrer Reichstagsfraktion gegenüber Herrn von Papen mit folgendem Kommentar:

"Der Kanzlerwechsel hätte nur dann einen begründeten Sinn gehabt, wenn der Nachfolger Brünings mit einer Lösung auf den Plan getreten wäre, die die Nationalsozialisten in den Bann einer klaren verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung gezogen hätten. In diesem Falle hätte es sich, ganz gleich, wie man sich zu einer solchen Entwicklung hätte stellen wollen, wenigstens um eine klare Situation gehandelt. Es wäre gewiss auch nur ein Experiment mit grossem Fragezeichen und Wagnissen gewesen, aber immerhin ein Experiment, das eine klare Stellungnahme der Ablehnung oder der Mitarbeit ermöglicht hätte. Was wir mit dem Kabinett Papen erleben, muss als ein ausserordentlich fragwürdiger Versuch der Verschleierung und der Vertarnung der Wirklichkeit bezeichnet werden. Dieses Kabinett wird den heissen Wunsch der Nationalsozialisten nach Reichstagsauflösung und Neuwahlen erfüllen und gleichzeitig den Nationalsozialisten jegliche Verantwortung für Regierungstaten bis zu den Neuwahlen abnehmen. Die Regierung Papen trägt von vornherein das Signum des Fehlschlages. Es ist recht und billig, dass diejenigen, die eine leichtfertige Regierungsstürzerei getrieben haben, nun auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen. Bei der sachlichsten Einstellung zu den politischen Geschehnissen, die auch eine mit der allergrössten Skepsis empfangene Regierung jeweils nur nach ihren Taten beurteilen will, kann es niemanden zugemutet werden, sich in irgendeiner Form an einem Unternehmen der politischen Verlegenheit zu beteiligen, nur zu dem Zwecke, um den Verantwortlichen für dieses Experiment Verantwortlichkeiten abzunehmen. Je kritischer sich die Verhältnisse in Deutschland zuspitzen, desto eher bedarf es einer Politik der Klarheit und der rücksichtslosen Entschleierung der Wirklichkeit. Zwischenlösungen im Stile dieser Regierung Papen bewirken keine Klärung, sondern erzeugen erst recht politisches Zwielicht. Gerade

die Heranziehung des Herrn von Papen zu diesem Zwischenspiel beweist das starke Bedürfnis der Regisseure nach Zwielflichtatmosphäre. Die Bayerische Volkspartei hat aber keinen Anlass, diesem Bedürfnis irgendwie Rechnung zu tragen."

SPD. Genf, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Versuch der französischen Militärs auf der Abrüstungskonferenz, durch die Antwort eines Unterkomitees der Luftfahrt-Kommission ihre gesamte Militärfliegerei der qualitativen Abrüstung zu entziehen, hat am Mittwoch zu heftigen Zwischenfällen geführt, als deren Ergebnis der deutsche Delegierte Brandenburg sich von der weiteren Einzeldiskussion durch einen Generaleinspruch zurückzog.

Die Luftkommission hatte gegen Deutschland, Italien und Russland die Beratung eines, nur die Bestimmung der Flugzeuge mit Angriffscharakter sabotierenden französischen Fragebogens auf Angriffsziel, Aktionsradius usw. durch ein Unterkomitee beschlossen. In diesem Komitee brachte Frankreichs Vertreter gleich die fertigen Antworten auf seine Fragen mit und zwar in Form eines Resolutions-Entwurfes, der den Angriffscharakter von Flugzeugen allein durch das eine Kriterium ihrer Wirkungsmöglichkeit gegen ständige Befestigungen ermittel will. Da es Flugzeuge von solcher Grösse und Wirkungskraft, die Festungen zu bedrohen vermöchten, überhaupt noch nicht gibt, bliebe die gesamte bestehende Militärluftfahrt ausserhalb der Angriffswaffe. Italiens Vertreter und Brandenburg-Deutschland griffen den französischen Vorschlag scharf an und der Deutsche stellte vom Standpunkt der Länder ohne Militärfliegerei zu jeder einzelnen Antwort des Vorschlages Abänderungsanträge. Als der französische Vertreter es ablehnte, diese Zusätze in seinen Bericht aufnehmen zu lassen, verweigerte Brandenburg die weitere Teilnahme an der Beratung und erhob gegen den französische Antwortentwurf einen Gesamteinspruch. An der Beratung des Fragebogens selbst wird sich der deutsche Vertreter natürlich wieder beteiligen, wogegen Russland von vornherein jede Mitarbeit in diesem Unterausschuss als überflüssig abgeleh hat.

SPD. Der Preussische Landtag hat am Mittwoch eine fünfstündige Sitzung in voller Ruhe und Sachlichkeit durchgeführt. Nazipräsident Kerrl hatte sich zu der Erkenntnis aufgeschwungen, dass er die Verantwortung für Ruhe und Ordnung im Hause trägt. Während noch am letzten Mittwoch die Nationalsozialisten grossspurig erklärt hatten, sie würden die Systempolizei der Grzesinski und Dr. Weiß nicht in den Landtag rufen, hatte der Nazipräsident am Mittwoch eine Landtagswache von 25 Schutzpolizisten in Zivil ins Haus bestellt, und der Naziführer Kube hatte erklärt, sie würden für strengste Disziplin in ihrer Fraktion Sorge Da von niemandem sonst Schlägereien im Landtag ausgehen werden, verlief die Sitzung in musterhafter Ruhe.

Sie begann mit einigen Geschäftsordnungsanträgen der Rechten, die beweisen, dass die Reaktion die Zeit der Ernte gekommen glaubt. Ihre neueingebrachten Anträge fordern ein Verbot des Deutschen Freidenkerverbandes, Entfernung der Dissidenten aus dem Schulaufsichtsdienst, Absetzung Grzesinskis als Polizeipräsident und dergleichen mehr. Die Anträge werden am Donnerstag bei der allgemeinen politischen Aussprache mit behandelt werden.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung stand ausser den rasch erledigten Formalien der Einsetzung aller möglichen Ausschüsse die Arbeitslosenfrage. Die sozialdemokratischen Anträge zur Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung waren bereits am vorigen Mittwoch vor der Schlägerei dem zuständigen Ausschuss überwiesen worden, damit dort die praktische Arbeit beginnen konnte. Aber die Kommunisten hatten auf einer besonderen Beratung ihrer Anträge im Plenum bestanden.

Zu welchem Zweck? Sie hatten offenbar noch ein paar alte Walzen von ihren Wahlreden gegen die Sozialdemokratie aus der Preussenwahl übrig, die sie gern noch einmal abdrehen wollten. Als ob nicht 162 Nationalsozialisten im Preussenlandtag sässen, als ob es eine faschistische Gefahr überhaupt nicht gäbe, wetterten die Kommunisten Schwenk und Koenen gegen die sozialdemokratischen "Agenten der Bourgeoisie" und "bewussten Arbeiterbetrüger". Während Herr Franz von Papan das Uebergangskabinettt zum Faschismus zu bilden bemüht ist, keift Herr Koehen über die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie, die an allem Unglück schuld sei. Und während die vereinigte Sozialreaktion sich anschickt, die Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, erklären die Kommunisten diese ganze Versicherung für eine grosse Ausplünderung der Arbeiter, von der nur die grinsenden Fratzen der Sozialfaschisten an den Schaltern der Versicherungsämter Vorteile hätten. Das nennt man eine politische Situation begreifen. Die Reden der Kommunisten waren ein klassischer Beweis dafür, dass man mit Prügeln keinen Menschen erziehen kann. Die Kommunisten haben doch wahrhaftig am vorletzten Mittwoch von den rohen Schlägern der Nationalsozialisten furchtbare Keile bekommen; aber wer sich etwa eingebildet hätte, dass sie dadurch gescheiter würden, hat sich geirrt.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Hanna lehnte es mit betonter Absicht ab, sich in der gegenwärtigen Situation mit den kommunistischen Zwischenrufern und Rednern herumzuzanken. Sie zeichnete in grossen Zügen ein Bild von den ungeheueren wirtschaftlichen und seelischen Verwüstungen der Millionenarbeitslosigkeit und entwickelte die gemeinsamen Forderungen der Partei und der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenunterstützung. Darüber hinaus sprach sie eine Ueberzeugung aus, die im Begriff ist, sich das Bewusstsein der Allgemeinheit zu erobern: dass die privatkapitalistische Wirtschaft nicht mehr in der Lage sei, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden und dass wir vorwärts dringen müssen zu neuen gemelnwirtschaftlichen Formen der Erzeugung und der Verteilung.

Die Debatte, an der sich die Nationalsozialisten unter Hinweis auf die am Donnerstag beginnende allgemeine politische Aussprache nicht beteiligten, endete mit der Ausschussüberweisung aller Anträge.

SPD. Paris, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoersch wurde am Mittwoch vormittag von Herriot zu einer Unterredung empfangen, die 1½ Stunden dauerte. Herriot liess sich eingehend über die politische Lage in Deutschland und über den deutschen Standpunkt in allen Fragen unterrichten, die Gegenstand der gegenwärtigen und der bevorstehenden internationalen Verhandlungen bilden. Ausserdem hatte Herriot Unterredungen mit Painlevé und dem französischen Untergeneralsekretär des Völkerbundes Avenol.

SPD. Die Regierung des Herrn von Papan war bis Mittwoch abend, entgegen den Erwartungen der Krisenmacher, noch nicht gebildet. Ehe sie fertig ist, ehe man weiss, ob sie nur aus Baronen und Grafen besteht oder ihr auch einige bürgerliche Konzessionsschulzen angehören, ist ihr parlamentarisches Schicksal bereits besiegelt. Eine Mehrheit gibt es für Herrn von Papan im gegenwärtigen Reichstag nicht. Sozialdemokraten und Zentrum haben ihm noch am Mittwoch ihr Misstrauen öffentlich bescheinigt.

Die parlamentarische Situation, vor die sich Herr von Papan gestellt sieht, noch ehe er offiziell zum Reichskanzler ernannt ist, ist also völlig klar. Nach den Gesetzen des Parlamentarismus müsste die Folge sein, dass er eiligst seinen Auftrag zurückgibt und nach dem Fiasko für alle Zeiten

von der politischen Bühne verschwindet. Aber wer bei Herrn von Papen eine derartige Logik voraussetzt, unterschätzt seinen Ehrgeiz und sein Geltungsbedürfnis. Dieser Mann, der sich, ohne mit der Wimper zu zucken, zutraut, der Nachfolger eines Brüning sein zu können, geht nicht, ohne dass er gegangenen wird. Er wird deshalb seine Tätigkeit mit der Flucht vor dem Reichstag beginnen und um dazu in der Lage zu sein, wird er bei dem Reichspräsidenten um die sofortige Auflösung des Reichstags werben. Diese Auflösung des Reichsparlaments lag von allem Anfang an in der Absicht der Krisenmacher. Nur über den Termin war man sich bisher nicht schlüssig. Angesichts der Haltung des Zentrums ist nunmehr auch darüber Klarheit geschaffen. Die Auflösung wird erfolgen, sobald die Regierung der Freiherrn und Barone wider den Willen einer Volksmehrheit in den Sattel gehoben ist und ihr Werk beginnen kann. Mit Reichstagswahlen muss deshalb für Mitte Juli gerechnet werden.

Am Mittwoch abend um 8 Uhr berichtete Herr von Papen dem Reichspräsidenten über den Gang seiner Verhandlungen.

SPD. Paris, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Vermutung, dass der französische Journalist und Schriftsteller Albert Londres bei dem Brand auf dem Dampfer "Georges Philippart" umgekommen ist, ist jetzt durch eine Erklärung seines Kabinennachbarn bestätigt worden, der am Mittwoch in Marseille eintraf. Danach hat der Kabinennachbar die Hilferufe Londres gehört. Er hat ihn aber nicht retten können, da seine Kabine bereits in Flammen stand und er selbst nur mit knapper Not das Schiff erreichen konnte

SPD. London, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Zustimmung, die der englische Vorschlag zu einer Weltwirtschaftskonferenz in amerikanischen Regierungskreisen gefunden hat, ist durch eine Erklärung Sir John Simons im Unterhaus einigermaßen enttäuscht worden. Nach dieser Erklärung des englischen Aussenministers sind die Dinge noch keineswegs so weit gediehen, dass die Abhaltung einer solchen Konferenz, deren Hauptziel die Stabilisierung der Warenpreise wäre, feststünde. Erst recht sind Ort und Zeit ihrer Abhaltung noch völlig ungewiss. Es scheint, dass irgendwo ein Missverständnis vorgekommen ist, denn wie aus Sir John Simons Worten hervorgeht, hat die englische Regierung geplant, die von vornherein zum Aufgabenkreis der Lausanner Konferenz gehörenden Weltwirtschaftsfragen gewissermaßen als zweiten Teil dieser Konferenz zu behandeln.

In diesem zweiten Teil, der Reparations- und Kriegsschuldenfragen weitgehend ausschliessen würde, hoffte man die Teilnahme der Vereinigten Staaten erreichen zu können. Der ausdrückliche Vorschlag einer Londoner Konferenz scheint dagegen von der englischen Regierung nicht gemacht worden zu sein. Sir John Simons Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten der Labour-Party Lansbury verriet, dass ein Communiqué aus Washington, das den Konferenzplan bekanntgegeben hätte, die englische Regierung in Verlegenheit versetzt hat. Man sei, so sagte der Aussenminister, bisher über formelle Unterhaltungen nicht herausgekommen und so habe auch noch kein Anlass bestanden, andere Regierungen zu befragen. Wenn die Vereinigten Staaten zu jenem zweiten Teil der Lausanner Konferenz keinen Vertreter schickten, so bestehe die Gefahr, dass sich die Arbeitsgebiete der beiden Konferenzen, der Lausanner und der Weltwirtschaftskonferenz, überschneiden, ohne dass dieselben Mächte auf beiden Konferenzen vertreten sind. Der englische Aussenminister hat offenbar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die Amerikaner sich noch an der Lausanner Konferenz, das heisst an ihrem zweiten Teil, beteiligen werden. Indessen hält man in politischen Kreisen in London das Zustandekommen einer besonderen Konferenz für wahrscheinlich, spricht aber von einem späten Datum und zwar im Herbst.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch abend seinen neuesten Vertrauensmann - wie lange? - Herrn von Papen zum Reichskanzler ernannt. Ausserdem erfolgten folgende Ernennungen :

Freiherr <u>von Gayl</u>	Innenministerium
<u>von Schleicher</u>	Wehrministerium
Freiherr <u>von Braun</u>	Ernährungsministerium
<u>Elz von Rübenach</u>	Post- und Verkehrsministerium
<u>Warmbold</u>	Wirtschaftsministerium
Oberregierungsrat <u>Planck</u>	Staatssekretär in der Reichskanzlei.

Am Donnerstag sollen ernannt werden der bisherige Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler zum Arbeitsminister, der bisherige deutschnationale bayerische Justizminister Gürtner zum Reichsjustizminister und Freiherr von Neurath zum Aussenminister.

SPD. London, 1.Juni (Eig.Drahtb.)

Mit 278 000 gegen 239 000 Stimmen sprach sich die in London tagende Bergarbeiterkonferenz für die Fortführung der Verhandlungen mit der Regierung über das neue Kohlengesetz aus. Die Minderheit verlangte, dass man den Distrikorganisationen die Entscheidung überlasse. Das hätte bedeutet, dass diese Organisationen sich am 8.Juli für oder gegen einen Streik hätten entscheiden müssen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

SPD. Die Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt!

Durch eine Intrige ostpreussischer Grossgrundbesitzer und ehrgeiziger Generäle ist das Kabinett Brüning gestürzt worden, nachdem es wenige Wochen zuvor im Reichstag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gesiegt hatte. An seine Stelle soll als Reichskanzler Herr v. Papen treten, dessen einzige politische Leistung bis zur Stunde darin besteht, dass er - bisher auf dem äussersten rechten Flügel des Zentrums stehend - unablässig gegen die Politik der eigenen Partei, gegen die Regierung der Weimarer Koalition in Preussen frondierte und konspirierte hat.

Das neu zu bildende Kabinett nennt sich "Kabinett der nationalen Konzentration". In Wahrheit ist es ein "Kabinett der reaktionären Konzentration". In diesem Kabinett sammeln sich die wirtschaftlich und politisch reaktionären Mächte Deutschlands.

Bezeichnend ist schon das äussere Bild: die übergrosse Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Bürgerliche Namen sind nur ganz vereinzelt anzufinden. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschlossen.

Dies Kabinett der "nationalen Konzentration" ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten ganz gleich welcher Richtung ohne jede Vertretung geblieben sind.

Das ist kein Zufall! Der äusseren Zusammensetzung entspricht der innere Geist der neuen Regierung. Wir Sozialdemokraten haben an dem Kabinett Brüning vieles zu tadeln gehabt, am meisten, dass es die Forderungen der Arbeitnehmer in der Wirtschaftskrise nur sehr unvollständig und zögernd erfüllte. Aber nicht deswegen hat die oben gekennzeichnete Clique das Kabinett Brüning beseitigt. Der Sturz des Kabinetts Brüning erfolgte, um die im Kabinett Brüning noch vorhandene schwache Vertretung der Arbeiterinteressen restlos auszumerzen. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn frei gemacht werden:

für die Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung, d.h. für die Ersetzung der gesamten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege;

für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d.h. für die Herabsetzung der Löhne im grössten Massstab.

Das ist nicht alles! Zerschlagen werden soll durch den Sturz des Kabinetts Brüning das Projekt der Arbeitsbeschaffung im Wege einer aufzulegenden Prämienanleihe. Zerschlagen werden soll der Plan einer grosszügigen Besiedelung des bankrotten und nicht mehr sanierungsfähigen ostelbischen Grossgrundbesitzes.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, dass diese sich geweigert hat, dem ostelbischen Grossgrundbesitzer für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter die von den Junkern geforderten phantastischen Ueberpreise zu zahlen.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen die politischen. Die durch die Krisenpanik und die Kopflosigkeit eines Teils der Bevölkerung genährten reaktionären Hoffnungen sollen erfüllt werden, indem das Steuer des Reichs nach rechts gedreht wird. Es ist bezeichnend, dass dieses Kabinett der Barone, der Generäle, der Industrieherrn und Grossagrarien auf die Tolerierung der Nationalsozialistischen "Arbeiterpartei" spekuliert. Es ist ebenso bezeichnend, dass diese angebliche "Arbeiterpartei" sich unter gewissen Bedingungen zur Tolerierung dieses ausgesprochen arbeiterfeindlichen Scharfmacherkabinetts bereit erklärt.

Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u.a. die Aufhebung des SA-Verbotes, die Aufhebung aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstags. Die Nationalsozialisten betrachten

die neue Regierung nur als Wegbereiterin ihrer eigenen Herrschaft. Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie unter Anwendung des blutigsten Terrors, durch rücksichtsloseste Einsetzung der Hitlerschen Privatarmee den künftigen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten.

Genossen und Genossinnen!

Diesen Plan der Reaktion zu durchkreuzen, ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es besteht hierzu auch die volle Möglichkeit, wenn die Arbeiterklasse das Spiel der Reaktion rücksichtslos entlarvt!

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das "System", auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selber die Verantwortung übernehmen müssen.

Jetzt wird sich der Wert ihrer demagogischen Verheissungen erweisen! Jetzt sollen die neuen Herren auf der Lausanner Konferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Zerreissung des Versailler Vertrags und die Streichung aller Lasten zu ertragen!

Jetzt sollen sie zeigen, wie weit ihr demagogisches Geschrei über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!

Die Sozialdemokratie tritt in die schärfste Opposition in einem Augenblick in dem die reaktionäre Demagogie gezwungen ist, sich selber zu entlarven. Es kommt nun darauf an, dass der kurze Zeitraum, der uns voraussichtlich bis zu den Reichstagsneuwahlen bleiben wird, ausgenutzt wird, um auch die von Kommunisten und Nazis irreführten Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen. Das gilt namentlich von jenen Verblendeten und Irreführten, die sich jahrelang von den Kommunisten einreden liessen, dass die Sozialdemokratie der "Hauptfeind" sei!

Der alte Kampfsgeist der Sozialdemokratie lebt! Für uns gibt es keinen Kleinmut und keine Entmutigung. Denn wir wissen:

Die politische Krise Deutschlands ist nur eine Auswirkung der Weltkrise des kapitalistischen Systems. Vergebens sucht die Kapitalistenklasse Deutschlands beim Faschismus ihre Rettung. Alle Flickarbeit der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben. Der Umbau der versagenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Gegenwartsaufgabe gereift. Die Macht der Monopole muss gebrochen, der Einfluss des Staates auf Warenerzeugung, Warenverteilung, Bank- und Kreditwesen verstärkt werden. Besitz und Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand müssen erweitert werden, um die Grundlage für die Planmässigkeit der Gesamtwirtschaft zu schaffen. Der Ausweg aus Krise, Not und Elend ist der Weg zum Sozialismus.

In diesem Geiste werden wir kämpfen und siegen!

Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, den 1. Juni 1932.

Der Parteivorstand.

SPD. Dresden, 1. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem Vorort Gorwitz bei Dresden wurden drei Arbeiter unter dem Verdacht am 4. März den Dresdner Polizeihauptwachtmeister Schickel erschossen zu haben, festgenommen. Die Verhafteten haben die Tat gestanden. Sie wurde ausgeführt, als der Wachtmeister gegen die drei Kommunisten, die als Malkolonne fungierten einschreiten wollte.

Aus aller Welt

Theatersitz oder Brutmaschine?

Hindernisse bei "Zwei Herzen in einem Bett".

SPD. Bukarest, Ende Mai (Eig. Ber.)

Ganz Bukarest amüsiert sich köstlich über einen vor Gericht ausgetragenen und durch ein salomonisches Urteil entschiedenen Streitfall zwischen einem Theaterbesucher und einer Bukarester Theaterdirektion. Kläger war ein Jüngling - aber was für einer!

Der betreffende Jüngling, einer aus dem Kreise der oberen Zehntausend, wusste, was er seinem Kunstdrange schuldig war: er kaufte sich an einem der vergangenen warmen Maitage ein Billet für die Operette "Zwei Herzen in einem Bett", den grössten Schlager der Bukarester Theatersaison. Am Abend fand sich der junge Mann ziemlich frühzeitig im Musentempel ein, um in den Wandelhallen die gebührende Sammlung für das grosse "Ereignis" zu suchen. Als er beim ersten Gongschlag eiligst seinem Sitz in der vordersten Parkettreihe zustrebte, fand er diesen von einem ziemlich korpulenten Herrn besetzt. Die Beschliesserin stellte den Irrtum klar, und der falsch plazierte Besucher räumte den Sitz. Vornehm lässig liess sich der Jüngling nieder. Aber nach wenigen Sekunden schnellte er mit empörtem Gesicht wieder hoch. Barsch zitierte er die Beschliesserin herbei und verlangte einen anderen Sitz mit der Erklärung, dass er auf diesem von seinem massigen "Vorsitzenden" hochgradig erwärmten Fauteuil aus hygienischen Gründen unmöglich verbleiben könnte... Die Beschliesserin wusste keinen Rat und rief den Aufseher herbei, der die Forderung des "Hygienikers" ablehnte. Bald war unter allgemeinem Aufsehen ein lebhaftes Wortgefecht im Gange. Der Theaterdirektor kam hinzu, doch der junge Mann blieb bei seiner Ansicht, dass er einen für diese Vorstellung unbenutzten Platz erstanden und deshalb nicht nötig habe, diesen benutzten und obendrein schauerhaft erhitzten Platz in Gebrauch zu nehmen. Trotz allen Zuredens ging der Erzürnte nach Hause, und der Vorhang konnte mit zehnminütiger Verspätung hochgezogen werden...

Nach wenigen Tagen bekam die Theaterdirektion von einem der bekanntesten Rechtsanwälte der Hauptstadt die Forderung des Jünglings auf Rückerstattung des Billetts und auf Leistung eines Schadenersatzes in Höhe von 3000 Lei (75 Mark) für den entgangenen Kunstgenuss. Die Direktion steckte die Aufforderung in den Papierkorb, und der junge Mann wandte sich nun an den Kadi.

Die Gerichtsverhandlung nahm einen recht amüsanten Verlauf, umso mehr, als es dem Richter nicht an Humor fehlte. Der Anwalt des Klägers versuchte in temperamentvoller Weise die Forderungen seines Mandanten zu rechtfertigen. Er ging von der höllischen Gluthitze aus, unter der Bukarest bereits in dieser Jahreszeit brodelte, und wies darauf hin, dass dem Kläger nicht gut zugemutet werden konnte, in Anbetracht dieses Umstandes auch noch einen hochgradig angewärmten Fauteuil einzunehmen. Sein Mandant sei ein überaus sensibler Mensch, und zudem wäre doch ein Theatersitz keine Brutmaschine.

Der Richter sah sich, wie er selbst feststellte, vor einem Präzedenzfall. Er hatte zu entscheiden, ob die geistige Aufnahmefähigkeit eines Theaterbesuchers durch die gesteigerte Temperatur einer "Sitzfläche" beeinflusst bzw. vermindert werden kann. Guter Rat war teuer. Der Richter gab wohl zu, dass angesichts der Operette "Zwei Herzen in einem Bett" und unter Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Klägers ein vorgekühlter Sitz einem angewärmten

unbedingt vorzuziehen gewesen wäre. Auf der anderen Seite aber schien ihm doch die Auffassung des Klägers über Hygiene reichlich "überbrütet". Unter dem Gelächter des Publikums stellte der Richter dem Jüngling die verfängliche Frage, ob er in seinem Leben schon einmal ein Mädchen geküsst und in welcher Weise er bei dieser doch hygienisch auch nicht immer einwandfreien Handlung Hemmungen verspürt habe. Der Jüngling zog es vor, zu schweigen...

Das Urteil war salomonisch: Der Schadenersatzanspruch des Klägers wurde abgewiesen mit der Begründung, dass die ihm entgangene Vorstellung kein Verlust für seinen Drang nach geistiger Bereicherung darstelle. Hingegen wurde ihm das Recht auf Rückerstattung des Billetts zugesprochen. Dem Theaterdirektor gab der Richter die tröstliche Bemerkung mit auf den Weg, dass ihm das Urteil nicht Anlass sein sollte, seine Sitze nunmehr mit Kühlvorrichtungen zu versehen...

+ + +

Sexualmord! In Roevenich bei Zülpich (Rheinland) wurde die vierjährige Tochter des Gärtners Wirtz in der Scheine unter einem Strohhaufen versteckt, tot aufgefunden. Nach längerem Verhör hat der 18jährige Onkel des Kindes eingestanden, am Sonntag abend das Kind im Sexualrausch getötet zu haben.

+ + +

Sklarek vor dem Ende. Im Berliner Sklarek-Prozess begann am Mittwoch Staatsanwaltschaftsrat Jäger sein Plädoyer zum Stadtbankkomplex. Der Vertreter der Anklagebehörde führte aus, dass die Hauptverhandlung ergeben habe, dass der den Angeklagten Willi und Leo Sklarek vorgeworfene Betrug an der Stadtbank und die ihnen gleichfalls zur Last gelegte Urkundenfälschung zum Nachteil dieses Instituts zweifelsfrei erwiesen sei. Ausserdem sei festgestellt, dass Leo und Willi Sklarek Betrug an der Dresdner Bank und an der Ostbank begangen hätten. Lehmann und Tuch hätten Beihilfe zum Betrug an der Stadtbank geleistet, Gäbel Beihilfe zum Betrug an der Dresdner Bank. Die angeklagten Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann wären der schweren passiven Bestechung schuldig. Insgesamt seien Rechnungen für 20 Millionen Mark gefälscht worden. Auf Veranlassung der Sklareks habe der Buchhalter Lehmann insgesamt 218 falsche Urkunden hergestellt. Weitere Täuschungsversuche seien in der Hergabe von Kellerwechselln und in der Sklarek'schen Anfertigung falscher Geschäftsbücher zu sehen. Diese Täuschungshandlungen würden überdies von keiner Seite bestritten werden.

Man rechnet damit, dass die Strafanträge am Freitag vormittag gestellt werden.

+ + +

Die Arbeitslosigkeit... In einem Hause in Berlin-N. wurde am Mittwoch der 37jährige Wickler Bruno Bauers, seine 35 Jahre alte Ehefrau Johanna und der 12jährige Sohn Fritz des Ehepaars mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Ursache: wirtschaftliche Not infolge dauernder Arbeitslosigkeit.

+ + +

"Rote Tintenflecke". Vor der Strafkammer in Roermond in Holland wird zurzeit gegen den Förster van der Elzen und seinen Sohn verhandelt, die im Verdacht stehen, vor einem halben Jahre in den Waldungen von Putbroek an der deutsch-holländischen Grenze drei junge Leute aus dem Hinterhalt erschossen und ihre Leichen vergraben zu haben. Da die Angeklagten alles ableugnen und da Zeugen nicht vorhanden sind, kommt den Gutachten der Sachverständigen besonders grosse Bedeutung bei. Einer der Sachverständigen hat auf den Kleidungsstücken der Angeklagten mehrere Blutspuren gefunden, die die Beschuldigten allerdings als "rote Tintenflecke" auszugeben versuchen. Weiter wurde in den Leichnamen der Ermordeten eine bestimmte Patronensorte gefunden, wie sie nur von dem angeklagten Förster benutzt wurde. - In der Zeugenvernehmung ist bisher festgestellt worden, dass die Grube, in der die Leichen gefunden wurden, zum Teil schon vor der Mordtat gegraben war.

+ + +

Der Giftkauf. Am Mittwoch wurde im Gubener Giftmordprozess als Zeugin eine Frau Krüger vernommen. Frau Krüger hatte die der Ermordung ihres achtjährigen Sohnes beschuldigte Frau Ziehm bei jener Fahrt nach Frankfurt a.O. begleitet, bei der das verdächtige chlorsaure Kali gekauft wurde, mit dem der Mord anscheinend begangen worden ist. Die Zeugin berichtete, wie die Angeklagte Ziehm sie wegen des Kalieinkaufs zu einer falschen Aussage veranlassen wollte. Frau Krüger sollte aussagen, dass sie nicht Kali, sondern Alaun besorgt hätte; ausserdem sollte die jetzige Zeugin Krüger das Einkaufsdatum um vier Wochen vorverlegen. Frau Ziehm hatte auf eine solche Aussage Wert gelegt, weil sie bei der gerichtlichen Voruntersuchung angegeben hatte, dass sie das Kali, dessen Reste bei einer Haussuchung beschlagnahmt wurden, zum Spülen und Gurgeln verwandt habe. Auch jetzt in der gerichtlichen Hauptverhandlung blieb die angeklagte Frau Ziehm bei dieser Darstellung und meinte schliesslich: "Bei so viel Lügen, wie sie hier die Zeugen gegen mich aussagen, kann und will ich mich nicht verteidigen. Die Leute hetzen mich zu Tode, obwohl ich doch keinem Menschen in meinem Leben etwas zuleide getan habe..." Frau Krüger: "Ich bleibe bei meiner Aussage."

Eine aussergewöhnlich sensationelle Bekundung machte der telegrafisch aus Potsdam zur Verhandlung bestellte Zeuge Kaspar: "Ich war als Soldat im Kriege zur Abdeckerei des Herrn W. in Potsdam abkommandiert. Ich war auch öfters mit Fräulein Ladewig (der jetzigen Angeklagten Ziehm D.R.) zusammen. Frau Ziehm hat immer sehr hässlich von Frau W., auf die sie wohl eifersüchtig war, gesprochen. Als Fräulein Ladewig eines Tages in meiner Wohnung war, fragte sie mich: Herr Kaspar wollen Sie etwas verdienen? Ich sagte: Jawohl. Da meinte Fräulein Ladewig: Dann können Sie der Frau W. eins auswischen, aber so, dass sie für immer genug hat. Sie müssen sie abends auf dem Weg von Potsdam nach der Abdeckerei überfallen. - Ich war sehr empört. Ich sagte zu Fräulein Ladewig, dass sie sich irre. Ich sei nicht der richtige Mann. Und da fragte mich Fräulein Ladewig, ob ich denn nicht einen andern wüsste..."

+ + +
"Ehrenrührig" unbekannt. Die Fortsetzung der Angeklagtenvernehmung im Prenzlau-Templiner Fürsorgeprozess ergab, dass in der von der Inneren Mission geleiteten Fürsorgeerziehungsanstalt Waldhof b. Templin Prügel und Misshandlungen einen ständigen Faktor der Pädagogik bildeten. Bei der Erörterung der Verfehlungen des angeklagten Erziehers und Mitglieds des "Sittlichkeitsvereins vom weissen Kreuz", Teschler, stellte das Gericht fest, dass der vorläufig nicht mitangeklagte Anstaltsdirektor Krüger den Erzieher Teschler nach Bekanntwerden seiner unsittlichen Verfehlungen fristlos entlassen habe. Darauf fragte der Staatsanwalt den Angeklagten, ob er seine plötzliche Abreise aus Waldhof nicht als ehrenrührig empfunden habe. Teschlers Antwort: "Was heisst das - ehrenrührig? Das Wort verstehe ich nicht."

Dem Angeklagten Erzieher Knoblauch wirft die Staatsanwaltschaft gleichfalls vor, dass er sich an den ihm unterstellten Zöglingen sexuell vergangen habe. Knoblauch, Sohn eines Gymnasialprofessors und ehemaliger Kadett, bestreitet indes jede Schuld.

+ + +
1 Million Flugkilometer. Als erster Flugzeugführer erreichte der Berliner Lufthansa-Pilot-Flugkapitän Karl Noak im planmässigen Luftverkehr die Rekordleistung von 1 Million Flugkilometer.

+ + +
Fischerboot gesunken. Der englische Dampfer "Praguer" hat in der Nordsee bei dichtem Nebel ein belgisches Fischerboot gerammt. Das belgische Schiff sank. Vier Seeleute ertranken.

Wirtschaft Technik Handel

Reichsfinanzen 1931/32.

Keine Zerrüttung - aber Schuldendeckung.

SPD. Der Zufall hat es mit sich gebracht, dass die Regierung Brüning mit ihrem Rücktritt eine Gesamtübersicht über die finanzielle Entwicklung im Rechnungsjahr 1931/32 (von Anfang April 1931 bis Ende März 1932) vorlegen kann. Die Übersicht ist gewissermassen ein Rechenschaftsbericht. Die Regierung Brüning kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie die Finanzwirtschaft des Reiches vor dem Versinken in ein uferloses Defizit bewahrt hat. Mit Sorgen und Bangen fragt man sich, ob die kommende Regierung, eine Regierung der Schlotbarone und der Junker, eine Regierung, die tausend Wechsel von Versprechungen einlösen soll und an die Interessentenhäufen schon jetzt die ungeheuerlichsten Anforderungen stellen, mit den Reichsfinanzen ebenso sorgfältig und haushälterisch verfahren wird wie das Kabinett Brüning.

Die neue Regierung kann sich nicht darauf berufen, dass sie eine überschuldete finanzielle Erbschaft angetreten hätte. Es muss schon heute mit aller Klarheit festgestellt werden, dass alles, was auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich in Zukunft ereignen kann, unter die ausschliessliche Verantwortung der neuen Regierung fällt.

Auch für das nächste Rechnungsjahr musste bisher die Lage der Reichsfinanzen nach menschlichem Ermessen als gesichert gelten. Denn erst dem Reichshaushalt 1932 sollten die grossen Mehreinnahmen und Ersparnisse infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 in vollem Umfange zugute kommen. Es wäre daher durchaus möglich gewesen, den Reichshaushalt 1932 ohne neue Einnahmen und Steuern ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn auch auf diesem Gebiet die neue Regierung versagen sollte, so wird sie sich ganz allein dafür die Schuld zuschreiben müssen.

Gewiss bleibt die Sanierung der Gemeindefinanzen nach wie vor das Kernproblem der deutschen Finanzpolitik, und die Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag immer wieder Wege zur Lösung dieses Problems gewiesen. Unter dem Druck dieser sozialdemokratischen Forderungen wollte endlich auch die Regierung Brüning in einer neuen Notverordnung die Sanierung der Gemeinden durchführen. Dass sie das über tun wollte, ohne das System der Sozialversicherung zu zerschlagen, ohne insbesondere die Arbeitslosenversicherung aufzuheben, das war mit eine Ursache für ihren Sturz durch die Kräfte der Rechten. An der Art und Weise, wie die neuen Männer dieses Problem lösen oder nicht lösen werden, wird die soziale Reaktion in allernächster Zeit ihr wahres Gesicht enthüllen müssen.

Die Übersicht ergibt für Ende März 1932 ein Gesamtdefizit von 1 690 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Kabinett Dr. Brüning bei Eintritt in das Rechnungsjahr 1931/32 ein Defizit von 1 190 Millionen Mark übernehmen musste. Rein buchmässig ist das Defizit während des letzten Rechnungsjahres um 500 Millionen Mark gewachsen und ein Fehlbetrag von 449,1 Millionen entstanden. Aber zu diesem Fehlbetrag ist es nur gekommen, weil trotz aller unvorhersehbarer finanzieller Belastungen die vorgesehene gesetzliche Tilgung der kurzfristigen Schulden mit 420 Millionen planmässig durchgeführt worden ist. Hätte man auf diese Schuldentilgung verzichtet, so wäre damit auch der allergrösste Teil des Fehlbetrages überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Infolgedessen ist auch der Stand der kurzfristigen Verschuldung des Reichs nahezu

unverändert und von einer neuen Zerrüttung der Reichsfinanzen durch den neuen Fehlbetrag kann keine Rede sein. Im Gegenteil hatte die Kassenlage des Reichs sich in den letzten Monaten fühlbar erleichtert.

Im ordentlichen Haushalt beträgt das buchmässige Defizit für das Rechnungsjahr 1931/32 = 449,1 Millionen Mark. Es entstand dadurch, dass sich die Einnahmen um 115,7 Millionen Mark senkten, während die Ausgaben um 333,4 Millionen Mark zunahmen.

Die Mindereinnahmen entstanden mit 382 Millionen Mark bei Steuern und Zöllen, eine Folge der Wirtschaftskrise und der schrumpfenden Einfuhren. Weiter hat die Reichsbank 25 Millionen Mark nicht abgeliefert, sondern musste die Gelder zur Sanierung der privaten Grossbanken verwenden. Die Post hat 11,7 Millionen Mark weniger abgeliefert. Ausserdem entstanden Mindereinnahmen in Höhe von 134,1 Millionen Mark dadurch, dass das Reich Reichsbahnvorzugsaktien mit Rücksicht auf den niedrigen Kursstand nicht verkauft hat. Die Werte sind also dem Reich erhalten geblieben. Diesen Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen von 437,1 Millionen gegenüber, wovon 416,3 Millionen auf die Einnahmen aus der Münzprägung entfallen.

Die Mehrausgaben von 343,4 Millionen Mark setzen sich u.a. aus den vom Reich übernommenen Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung im Steinkohlenbergbau im Betrage von 15,5 Millionen Mark, aus Aufwendungen für die landwirtschaftliche und die Stadtrandsiedlung von 42 Millionen und aus der Verbilligung von Frischfleisch und Kohle für die ärmere Bevölkerung von 26 Millionen Mark zusammen. Die vermehrte Münzprägung kostete 57,4 Millionen Mark. Die grossagrarischen Subventionen im Rahmen der Osthilfe verschlangen 35,8 Millionen Mark. Die Beteiligung an privaten Banken im Rahmen der Bankensanierung - es handelt sich hier um die Dredner Bank, die Akzept- und Garantiebank und die Schröder-Bank in Bremen - belasteten das Reich mit 113,7 Millionen Mark. Die Subventionen für die landwirtschaftlichen Genossenschaften stellen sich auf 74,6 Millionen Mark, die Subvention an den Mittelstand, sogenannte Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens, hat 20 Millionen Mark erfordert. Man sieht, es handelt sich bei den Mehrausgaben in der Hauptsache um Subventionen und Subventionchen an die private Wirtschaft. Die Kohlen- und Fleischverbilligung mit 26 Millionen Mark nimmt sich dagegen recht kläglich aus und mit Ingrimme denkt man daran, mit welchem sozialen Unverständnis und welcher sozialer Unfähigkeit die Regierung Brüning im vergangenen Winter die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt und sabotiert hat, den Arbeitslosen kostenlos Kohlen, Kartoffeln und Schweinefleisch zur Verfügung zu stellen.

SPD. Die Inflationshausse hat sich am Mittwoch sowohl an der Berliner Wertpapierbörse als auch am Produktenmarkt fortgesetzt. An der Getreidebörse zogen besonders die Preise für Weizen und Roggen an, die in den Monaten während und nach der Ernte zu liefern sind. An der Wertpapierbörse betrug die Kursaufbesserung etwa 5 bis 10 %. Bei einigen Aktien z.B. Erdöl, konnte eine Aufbesserung von rund 11 % erreicht werden, bei Kali und Braunkohle von etwa 9 %.

Die Bewegung ist an den Berliner Börsen so allgemein geworden, dass man die ganze Entwicklung, die nicht zufällig mit der Erscheinung eines ausgesprochenen Rechtskabinetts und mit den Angriffen gegen die bisherige Leitung der Reichsbank und unserer Währungspolitik zusammenfällt, nicht gut aus dem Gesichtswinkel der Kleinspekulation, die an der Börse ihr Wesen bzw. ihr Unwesen treibt, betrachten kann. Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Markt von einer ganz bestimmten Grosspekulation, der man den Namen Rollkommand gegeben hat, beeinflusst und beherrscht. Dazu kommt der Mangel an Ware, der Mangel an solchen Besitzern von Wertpapieren, die ihr Material verkaufen wollen

Die Banken geben aus ihren Beständen, soweit sie Aufträge nicht schon kompensieren und Kauforders gar nicht zur Börse leiten, sondern selbstverleiden, so gut wie gar nichts ab. Der sogenannte Stückenmangel hat wesentlich zu der Kurssteigerung in den letzten Tagen beigetragen. Dazu nur ein Vergleich der Anfangskurse an der Berliner Börse am Mittwoch gegenüber der letzten Maiwoche. Die Aktien des Farbentrusts besserten sich von etwa 84 auf 95 %, die Anteile der Reichsbank von 113 auf etwa 125, Salzdettfurth (Kali) von 144,5 auf 162, Siemenskonzern von 104 auf 124, Continentalgummi von 86 auf 100. Die Aufträge, die zahlreich von der Kundschaft, besonders aus der Provinz vorliegen, haben beeinträchtlichen Umfang und vervielfachten sich über Nacht. Die Berliner Börse erzielt gegenwärtig Umsätze, wie man sie in den Krisenjahren wohl kaum beobachten konnte. Man scheint allgemein mit einer weiteren Hausse zu rechnen, wobei ratsam ist, immer zu überlegen, wie sehr die Börse von unkontrollierten Einflüssen beherrscht wird. So hat das oben erwähnte Rollkommando anscheinend bereits am Mittwoch den Rahm abgeschöpft. Erdöl stiegen z.B. von 59 % am Dienstag im Anfangskurs am Mittwoch auf 70 % und gaben dann auf 64 nach, Reichsbankanteile, Dienstag 119,5 %, erreichten im Anfang am Mittwoch 124½ und gingen auf 118,5 zurück. Salzdettfurth, Dienstag 153, ermässigte sich am Mittwoch von 162 im Anfang auf 159 und I.G. Farben von 88½ am Dienstag und 95 im Anfang am Mittwoch auf 92,5.

Leidtragender ist bei der ganzen Entwicklung vorerst der Rentenmarkt, der Markt für Pfandbriefe, Schuldverschreibungen der Länder, Städte usw., also jener Markt, an dem langfristige Mittel für die Wirtschaft beschafft werden. Gerade der Unterschied zwischen Wertpapiermarkt und dem Markt der festverzinslichen Papiere, dem Markt der Anleihen, charakterisiert die gegenwärtige Hausse als Hausse einer Inflationspsychose, als Flucht aus der Anleihe in den Sachwert. Dabei wirkt sich nicht zuletzt die Furcht vor nationalsozialistischen Experimenten aus. Die Nazis waren einmal auf die sogenannte Brechung der Zinsknechtschaft eingestellt. Damit machen sie in den Dörfern noch immer die Gänse sehen. Aber sonst sind die Herren Nationalsozialisten mit ihrer Erkenntnis über die Brechung der Zinsknechtschaft eine Nasenlänge weitergekommen. Sie haben es in letzter Zeit angesichts der ganzen politischen Situation für klug und geboten gehalten, von der Brechung der Zinsknechtschaft abzurücken. Sie wollen sich jetzt damit begnügen, den Zins, der in der vierten Notverordnung bereits auf 6 % herabgesetzt worden ist, auf 4 ½ zu ermässigen. Aus der Brechung der Zinsknechtschaft ist heute schon eine Zwangskonversion geworden. Aber angesichts der Stellung der Nationalsozialisten gegenüber dem Kabinett der Grafen und Barone bringt diese Zwangskonversion grösste Beunruhigung in die Reihen der Sparer. Man hört z.B. allenthalben, dass sich das Möbelgeschäft wieder belebt. Auch die Berliner Parzellenverkäufer erwarten in den nächsten Tagen Grossverkäufe.

Die Abschläge am Rentenmarkt sind beträchtlich. Reichsanleihe von 1929, die in der letzten Maiwoche noch auf 63 stand, fiel von 59½ am Montag auf 56½ am Mittwoch, Preussische Zentralboden von 1924, 71 im Mai, von etwa 70 auf 65½, Thüringische Staatsanleihe, im Mai 47, von 43½ auf 40 und Berliner Verkehrsanleihe, 44½ im Mai, von 41 5/8 auf 41; für die Mittwochnotierung immer den Anfangskurs genommen. Im grossen und ganzen lagen die Rentenwerte am Mittwoch gegenüber dem Vortag um 2 bis 3 Prozent niedriger. Man hielt es für geboten, eine Erklärung der kommenden Regierung anzuregen, wonach diese keine Inflation machen werde. Die Stelle aber, die eine solche Erklärung abzugeben in der Lage ist, konnte in dem Durcheinander, das nach dem Rücktritt Brüning's eingesetzt hat, nicht gefunden werden. Kurzerhand entschloss sich der Berliner Börsenvorstand am Mittwoch, eine Erklärung gegen die Inflationsgerüchte abzugeben. Darauf setzte dann nachbörslich Nachfrage nach Pfandbriefen ein, die aber wohl von Spekulantenseite ausgeht und wohl kaum erheblichen Umfang erreicht hat.

=====

Weiter Inflationspsychose.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Juni.)

SPD. Die feste Stimmung für Weizen fand am Mittwoch an der Berliner Produktenbörse ihre Fortsetzung. Wenn auch die Nachfrage nach prompter Ware nicht gross war, so zeigte sich doch umso grössere Kaufneigung nach Weizen aus neuer Ernte. Da hierin das Angebot ausserordentlich knapp blieb, konnten die Preise um 3 Mark anziehen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren für die vorderen Sichten neue Gewinne von 2 - 3 Mark zu verzeichnen. Oktober und Dezember, die heute erstmalig notiert wurden, hatten Aufgelder von 2 bis 3 Mark zu verzeichnen. Roggen stand mehr im Hintergrunde. Das Inlandsangebot blieb klein, fand jedoch nur schwer Unterkunft. Auch nach Ware aus neuer Ernte war die Nachfrage im allgemeinen nicht sehr umfangreich. Die offiziellen und amtlichen Notierungen lauteten für prompten Weizen um 2 Mark höher, für Roggen unverändert. Am Mehlmarkt wurde neues Weizenmehl lebhaft umgesetzt und erzielte um etwa 50 Pfennig höhere Preise. Für Roggenmehl war das Geschäft weniger lebhaft bei unveränderten Preisen. Hafer hatte gleichfalls feste Tendenz. Bei knappem Angebot und lebhafter Nachfrage machten sich auch hier Preissteigerungen von etwa 2 bis 3 Mark bemerkbar.

	<u>31. Mai</u>	<u>1. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mar.)	
Weizen	267 - 269	269 - 271
Roggen	196 - 198	196 - 198
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	175 - 182	175 - 182
Hafer	161 - 164	164 - 167
Weizenmehl	32,25 - 35,75	32,25 - 35,7
Roggenmehl	25,75 - 27,75	25,85 - 27,7
Weizenkleie	10,75 - 11,25	10,75 - 11,2
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,60 - 10,1

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per Juli 277-276,50, September 238 - 237, Oktober 240 - 239 B. Dezember 243,75 - 243 B. schwankend. Roggen per Juli 190,50-190 B., September 187-186,50, Oktober 187,50, Dezember 189,50, schwankend. Hafer per Juli 177,50, September 156 - 155,50 B. Oktober -, Dezember -, fest.

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 1. Juni, RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl 50 kg 8 - 12, Kohlrabi Freiland Schock 0,80 - 4, Radieschen Schock Bd. 1,25-2,50, Meerrettich 50 kg 40-50, Porree gewaschen je nach Grösse Schock 1,5 - 3, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 3 - 5, do. mit Wurzel 50 kg 6 - 10, Salat Freiland 100 Kopf 2 - 6, do. Dresdener Schock 6 - 8, Dpinat 50 kg 4 - 6, do. Blattsalat 5 - 6, Gurken Treibhaus 100 Stck. 10-25, do. holländ. 20-30, Spargel I gebündelt, 50 kg 37-42, do. lose 35-40, Spargel II gebündelt 50 kg 20 - 28, do. lose 18 - 25, Spargel III gebündelt 50 kg 10 - 18, do. lose 8 - 13, Spargel unsortiert 50 kg 22 - 30. Grüne Bohnen ital. br. 50 kg 32-36, Schoten ital. 12-17, Tomaten Treibhaus 50 kg 45-50, do. holländ. Treibhaus 40-46, do. kanar. Kiste 3,50 - 5, Rhabarber Freiland 50 kg 1,50 - 2.



Reichsarbeitsminister Goerdeler.

SPD. Das Kabinett Brüning ist nicht zuletzt gestürzt worden, weil der Reichsarbeitsminister Stegerwald der Schwerindustrie und den Grossagrariern im Weg stand. Von Bedeutung für die Beurteilung des Rechtskurses, der jetzt durch ein Kabinett der Barone eingeleitet werden soll, ist daher vor allem die Besetzung des Arbeitsministerpostens. Nachfolger Stegerwalds wird voraussichtlich Dr. Goerdeler, der deutschnationale Oberbürgermeister von Leipzig und frühere Preiskommissar, der vor kurzem erst im Kampf um die Notverordnungspläne der Regierung Brüning von neuem auf sozialpolitischem Gebiet eine Rolle spielte.

Die vom Kabinett Brüning vorbereitete Notverordnung dürfte durch Goerdeler, vor allem in ihrem sozialpolitischen Teil, ein anderes Gesicht erhalten. Wenn auch die Rechtspresse bei Ausbruch der Regierungskrise mit grossem Tamtam davon sprach, künftig solle nicht mehr mit Notverordnungen regiert werden, so wird auch der Rechtsregierung unter dem Zwang der Verhältnisse gar nichts anderes übrig bleiben, als ebenfalls mit Notverordnungen zu arbeiten. Sicherlich wird auch Herr Goerdeler mit Wasser kochen und sogar manche seiner Lieblingstheorien wird er zunächst einmal in die Schublade legen, um die Arbeiter einzulullen. Immerhin wird das, was unter seinem Kurs schon sehr bald auf sozialpolitischem Gebiet verbrauchen werden dürfte, schlimm genug sein. Worauf er hinsteuert, ist im Laufe der Kämpfe um die Notverordnungspläne der Regierung Brüning genügend klar geworden.

Goerdeler vertritt das Arbeitgeberprogramm, und das besteht zur Zeit in zwei Hauptpunkten, nämlich in der Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung und im Abbau des Arbeitslosenschutzes. Diese beiden Abbaumassnahmen sollen die Durchführung eines neuen verschärften Lohndrucks ermöglichen. "Entlastung der Produktion" - das ist die Generalformel der Wirtschaftsretter bei den Arbeitgeberspitzen. So lange Stegerwald in der Linie dieser Generalformel blieb, d.h. alles auf die eine Karte des Lohnabbaus setzte, waren die Unternehmer mit ihm zufrieden. In dem Augenblick, wo er von dieser Generalformel abwich, wurde ihm die Unternehmerfreundschaft gekündigt, und die Krisenmacher haben bereits einen Tag vor der ersten und entscheidenden Aussprache Brünings mit Hindenburg in der Unternehmerpresse ganz offen davon gesprochen. Stegerwald stehe "auf verlorenem Posten". Sie wussten also längst Bescheid, ein Zeichen, dass es sich bei dem Sturz Brünings um ein wohl vorbereitetes, abgekartertes Spiel gehandelt hat.

Goerdeler soll all das durchführen, was die Unternehmer in Stegerwalds Politik vermissten. Und was haben sie vermisst? Die "Berliner Börsenzeitung" hat es in ihrer jüngsten Kritik an Stegerwald folgendermassen formuliert: der Reichsarbeitsminister sehe nicht die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenunterstützung und den Lohnstarifen. Er dürfe es den Gewerkschaften nicht sagen, dass nur die Aufhebung des Tariflohnes, die Wiedergewährung der Berechtigung an jeden einzelnen, da Arbeit anzunehmen, wo und zu welchem Lohn er sie findet, den Weg frei macht zur "Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess." Die Arbeitslosenfrage könne nur gelöst werden unter Herstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft durch deren Befreiung von allen übertriebenen steuerlichen und sozialen Lasten.

Mit anderen Worten: die Arbeitslosenfrage soll nach dem Willen der

Arbeitgeberspitzen in der Form gelöst werden, dass auf der ganzen Linie alle tarifpolitischen Sicherungen im Lohn und in der Arbeitszeit wegfallen, sodass praktisch die Arbeitenden auf das Niveau der Arbeitslosen heruntergedrückt werden. Keine Sicherung des Arbeitslosenschutzes mehr durch Steuern, zu denen auch die Allgemeinheit und also auch das Unternehmertum beizutragen hätte, sondern Abbau der Versicherung und nur noch einheitliche Arbeitslosenhilfe mit Fürsorgecharakter, d.h. Unterstützung nur dann, wenn dem Arbeitslosen der Tod auf der Zunge sitzt. "Es gibt", so skizzierte erst vor kurzem die "Kölnische Zeitung", die sozialpolitische Linie der Unternehmer, "nur ein Mittel: das ist das zentrale Anpacken der gesamten Organisationen der unterstützenden Arbeitslosenhilfe im Zusammenhang mit der Aufgabe der Tariflohnstarre und einem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann über eine Finanzierung des etwa dann noch nicht gedeckten Bedarfes durch Steuererhöhungen geredet werden."

Die Beseitigung der "Tarifstarre" soll natürlich nur der Anfang einer vollen Abschaffung der Tarife darstellen. Der Abbau der Tarife ist das grundsätzliche Ziel der im neuen Rechtskurs massgebenden Schwerindustrie. Der Versuch des Zechenverbandes bei den Tarifverhandlungen, im Ruhrbergbau eine "partielle Tarifelastizität" herbeizuführen, zeigt ganz deutlich, wohin die Reise gehen soll. Die Abschaffung der Tarife soll etappenweise herbeigeführt werden, wenigstens hielt man ein solches etappenweises Vorgehen bisher für zweckmässig; ob man nunmehr, nachdem politisch den Scharfmachern freie Bahn geschaffen wurde, rasch aufs Ganze gehen will, muss abgewartet werden. Einstweilen will man noch gnädig einen sogenannten Mindestlohn zubilligen und ebenso eine Höchstgrenze für die Arbeitszeit, aber zwischen diesen beiden Grenzen soll der Arbeitgeber völlige Bewegungsfreiheit haben. Ellenbogenfreiheit in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen - das ist das Ziel, und alles Gerede der Unternehmerpresse, dass diese Ellenbogenfreiheit notwendig sei, um die Krise einzudämmen, ist nur Vorwand; denn in den Ländern, wo die angeblich unerträglichen, unter dem Einfluss der Gewerkschaften geschaffenen Bindungen zur Sicherung des Lohnes nicht bestehen, wütet die Krise auch.

Herr im Hause wie früher! Zurück zur Zeit, wo die Gewerkschaften bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch keinen Einfluss in die Waagschale werfen konnten, zurück zur Zeit, wo es noch keine Arbeitslosenversicherung gab und wo die Sozialversicherung nur wenig mehr als eine Armenunterstützung darstellte, zurück zu einer Sozialpolitik nach Hugenbergs Programm - zu diesem Zweck haben sich alle Scharfmacher, Finsterlinge, Sozialreaktionäre und Gamaschenknöpfe, die Herrschaften der Harzburger Front zusammengetan, um, gestützt auf ihren Landsknecht Hitler, mit dem Sturz Brüning den Einfluss der Arbeiterbewegung überhaupt bei der Gestaltung des deutschen Schicksals auszuschalten. Die Frage ist nur, ob sich die Arbeiterbewegung ausschalten lässt.

SPD. Im Baugewerbe ist die tarifvertragliche Neuregelung der Löhne durchgeführt. Von den für 33 Vertragsgebiete gefällten einzelnen Schiedssprüchen sind 27 von den Tarifparteien angenommen und 6 durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Die letzteren betreffen die Bezirke Westdeutschland, Westfalen-Ost und Lippe, Braunschweig, Rheinland, Siegerland und Görlitz.

SPD. Für die württembergische Textilindustrie sind vom Schlichter neue Verhandlungen anberaumt worden, die wieder in Karlsruhe stattfinden werden. Zum dritten Mal wird also jetzt für Württemberg verhandelt. In der Schlichterkammer sitzen neue Arbeitgeberbesitzer.

In der rechtsrheinischen und in der Pfälzer-Textilindustrie ist der Lohntarif von den Arbeitgebern gekündigt worden.

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie hat das Lohnabkommen zum 30. Juni gekündigt. Er fordert eine Kürzung des Mindeststundenlohns für einen männlichen Arbeiter 21 Jahre in Ortsklasse I von bisher 76,5 auf 66 Pfennig. Das wäre eine Kürzung um rund 14 Prozent.

SPD. Der Zechenverband hat den Lohnschiedsspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt und den Spruch über den Manteltarif angenommen. Umgekehrt hat der Bergarbeiterverband den Lohnspruch angenommen und den Manteltarifspruch abgelehnt, für den Lohnspruch hat er Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Bei dem Lohnschiedsspruch handelt es sich nur um eine Zwischenlösung bis Ende Juli. Der Vorstoss des Zechenverbandes gegen das Tarifsysteem dürfte, wenn es zu einer Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedsspruchs kommt, bald von neuem erfolgen.

SPD. Stärkung der Kampfkraft oder Verblutung durch Unterstützung - diese auf allen zur Zeit stattfindenden Gewerkschaftstagen eingehend erörterte Lebensfrage der Gewerkschaftsbewegung wird auch in der Zeitschrift der christlichen Metallarbeiter "Der Deutsche Metallarbeiter" in bemerkenswerten Ausführungen beleuchtet. Das christliche Organ schreibt: "Eine gewerkschaftliche Organisation ist in erster Linie die Interessenvertreterin der Arbeiterschaft. Das ist ihre Hauptaufgabe. Die wie eine Sturzflut kommende Krise aber hat zwangsläufig gewissermaßen Nebenzwecke einer Gewerkschaft, wozu auch das umfangreiche Unterstützungswesen gehört, in den Vordergrund gerückt. Die Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Krankenunterstützung haben bedenklich an den finanziellen Mitteln aller Gewerkschaften gezehrt und Geld an Positionen eingesetzt, das an anderer Stelle wahrscheinlich viel erfolgreichere Dienste für die Arbeiterschaft hätte leisten können. Und dann: die Arbeiterschaft muss auch an die Zukunft denken. Was nützt es der Arbeiterschaft, wenn sie ihre Gewerkschaft zwar über die Krise hinaus gerettet hat, wenn aber zugleich die Gewerkschaft finanziell so geschwächt ist, dass sie nicht entscheidend in die dann einsetzenden schweren Kämpfe um Lohn und Wiederaufstieg eingreifen kann?" Einem solchen Zustand erhofften die Unternehmer. So habe z.B. die "Deutsche Bergwerkszeitung" mit Bezug auf die hohen Unterstützungsanforderungen an die Gewerkschaften bereits von einem "Verfall der Gewerkschaften" gesprochen. Das Grubenorgan werde diesen Tag nicht erleben, aber die Gewerkschaften müssten aus der gefährlichen Umklammerung durch die nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen heraus. Sie seien im Unterstützungswesen heute an einem entscheidenden Wegepunkt angelangt. Erst nach Ablauf der staatlichen und kommunalen Unterstützungen dürfe die Verbandsunterstützung in Kraft treten. Jedenfalls sei die Erhaltung und Stärkung der Aktivität dringendster Gebot der Stunde.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 1. Juni 1932

Die verhandelte Unsterblichkeit.^x

Von G. Ryklin.

SPD. Es muss für jedermann klar sein, dass es nicht möglich ist, vom Gehalt allein sein Leben zu bestreiten. Sie müssen auch wissen, dass die neuen Galiféhos, die ich da an habe, die Frucht einer Antiglaubenspropaganda sind.

Die Angelegenheit ist recht kompliziert. In unserm Konsum ist ein gewisser Iwan Michailitsch Porutschko angestellt. Das ist kein Mann, sondern ein Gumischlauch: lässt sich dehnen und biegen, wohin jeder Lust hat. Er hat schon manches hinter sich. Ich weiss auch, dass er in der Ukraine im Dienste des Petljura gestanden hat. Und nun wird er plötzlich zum Vorsitzenden irgend einer behördlichen Institution ernannt. Die beiden Wörtchen "Poschtowa Skrinka" waren die einzigen der ukrainischen Sprache, die er kannte. Doch die Bestie wollte es nicht zugeben. Er zog sich aus der Affäre, indem er sämtliche bei ihm eingehenden Papiere seinen Gehilfen übergab, mit dem Vermerk: "Tze dilo treba rasschuwati" (diese Sache muss erledigt werden). Und es gelang ihm, sich den Ruf eines tüchtigen Beamten zu erwerben, der seine Sache verstand. Heute ist Iwan Michailitsch seiner Anschauung nach rot. Die Religion ist ihm ein berauschendes Gift usw. usw.

Na, denke ich, Du sollst mir noch tüchtig auf den Leim gehen. Und vor kurzem bot sich die Gelegenheit dazu.

Wir trafen uns bei der Geburtstagsfeier unsres Buchhaltungsgehilfen. Beim Tee kam die Rede auf dieses und jenes. Ich brachte unversehens das Gespräch auf die Religion, auf das Leben nach dem Tode.

"Ist ja alles Humbug", sagte Iwan Michailitsch. "Es gibt kein Leben nach dem Tode."

Ich entgegnete darauf im ruhigsten Tone: "Da Sie doch nicht daran glauben, so könnten Sie mir ja ganz gut Ihre Unsterblichkeit verkaufen. Sie werden ja doch keinen Gebrauch davon machen. Ich aber gebe Ihnen dafür 3 Tschervonzen".

"Wie meinen Sie das mit dem Verkauf meiner Unsterblichkeit? Besitzen Sie etwa ein Handelspatent darauf?" versuchte Iwan Michailitsch sich loszuschergen.

"Na, da haben wir es. Sie behaupten, an nichts zu glauben, und fürchten sich doch, den Handel abzuschliessen". Iwan Michailitsch sprang auf: "Her mit den 3 Tschervonzen! Ich verkauf's. Es ist ja Unsinn." Darauf sagte ich: "Bitte um eine Bescheinigung, Iwan Michailitsch! Eine Bescheinigung des Wortlautes: "Ich, Endesunterzeichneter, habe meine Unsterblichkeit zur ewigen Nutzniessung verkauft usw. usw." Iwan Michailitsch stellte die Bescheinigung aus, drückte die Steuermarke darauf und unterschrieb. Die anwesenden Zeugen setzten ihre Namen darunter. Ich aber überreichte Iwan Michailitsch 3 Tschervonzen.

Am nächsten Tage erfahre ich, seine alte Mutter habe um ihn geweint, wie um einen Verstorbenen. "Was hast Du da angerichtet! Zwar ist das Jenseits gegenwärtig abgeschafft. Aber wie, wenn plötzlich ein Machtwechsel stattfindet?"

Iwan Michailitsch blickt während der Amtsstunden ernst und düster. Spricht mit niemandem ein Wort. Mich meidet er offenbar. Ich sage nichts. Ich weiss, seine Stunde kommt noch. Er aber wird finsterner von Tag zu Tag. Er brummt über Alle und Alles, und nach 5 Tagen, frühmorgens, als noch niemand im Büro ist, kommt Iwan Michailitsch auf mich zu, ganz bleich mit bebendem Munde. "So und so",

sagt er, "es ist natürlich Unsinn... doch immerhin... der Teufel mag wissen... ich hab' eine Bitte an Sie... Die Religion ist natürlich ein Berauschungsmittel, ein Aberglaube, aber ich bitte Sie doch, mir meine Bescheinigung wiederzugeben. Ich will es Ihnen auch gern mit 6 Tschermwonzen vergelten. Aber die Sache bleibt ganz unter uns."

Ich dachte garnicht daran, zu feilschen - es war eine ausgefallene Sache. Und so geschah es, Brüderchen, und so liess ich mir die Galiföhosen machen. Mit dem Gehalt kommt man nun einmal heutzutage nicht weit. Man muss sich eben einen Nebenerwerb anlegen.

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

In der Brunnengasse.^x

SPD. Nun stand die kleine Stube im Erdgeschoss des alten Hauses auf der Brunnengasse wieder leer. Die Fenster waren geöffnet, und die Morgensonne beschien die kahlen, fleckigen Wände. Drinnen scheuerte eine Frau. Ein paar Kinder schauten ihr neugierig zu, bis sie mit unwilligem Gemurmel die offenstehende Tür schloss.

Am nächsten Tage zog ein junger Mann in die Wohnung. Er brachte einige Möbel mit und wie man es sich im Hause gegenseitig erzählte - ein Klavier. Das war nämlich nichts Alltägliches, denn die Bewohner der Brunnengasse lebten in mehr als nur dürftigen Verhältnissen. Die Männer gingen frühzeitig zur Arbeit und kamen am Spätnachmittag erst zurück, wenn die Sonne auf der anderen Seite des Hauses stand. Dann sassen sie zumeist in kleinen Gruppen auf den selbstgezimmerten Bänken rechts und links von der hinteren Haustür und sprachen miteinander über dies und das. Meist waren es Fragen, die ihre Arbeit angingen; auch die Not bildete oft den Gesprächsstoff. Da aber wurden die Gesten unruhiger und die Stimmen lauter; schwierige Hände schrieben Linien in die Luft, die Not anklagend, die stumm über die Schwellen der niedrigen Stuben kroch und Tag um Tag und Nacht um Nacht in den dunklen Ecken hockte. Alle kannten sie, die Gefährtin ihres Lebens; je älter sie wurden, die Männer mit den knochigen Gesichtern und die Frauen mit den herben Zügen um den Mund, umso mehr stahl sich das Bild der Not in ihre Seele und liess die Augen trüber werden und die Lippen schmaler.

Der neue Mieter kam gewöhnlich erst Abends aus dem Zentrum der Stadt zurück. Er arbeitete als Hilfsschreiber in einem Büro des Magistrats. Da der Weg bis ans Ende der Brunnengasse ziemlich weit war, ass er zu Mittag in einem Gasthof in der Nähe des Rathauses.

Seit einiger Zeit sass er öfter während der Dämmerstunde am Klavier. Leise Melodien zogen in den niedergehenden Sommerabend. Draussen dämpften die Männer ihre Stimmen oder gaben auch die Unterhaltung ganz auf. Sie verstanden die Musik nicht. In der Nachbarschaft kreischte ein billiges Grammophon Schläger und sinnlose Dialoge. Aber ihr Schweigen, während der junge Hausgenosse spielte, verriet doch ein bestimmtes Empfinden. Ernst Brückner war ihnen dafür dankbar.

Einmal, in den letzten Tagen des Juni, führte er das Geflecht der Töne in ein nordisches Lied. Den Text kannte er nicht; vielleicht gab es gar keinen dazu; aber in den dunklen Akkorden, dem sehnsüchtigen Sang der Melodie, lag es wie ein Märchen aus dem sagenhaften Land der Fjorde. Er spielte es an diesem Abend zweimal. Als er geendet, ging er langsam ans Fenster, es stand halb offen. Er sah hinüber nach dem Holzstapel am anderen Ende des engen Hofes. Ein Mädchen sass davor. Er kannte sie, begegnete ihr manchmal im Hause; so grüsst er flüchtig hinüber, und sie dankte ihm mit einer fast scheuen Bewegung.

Eine Zeit später spielte er dasselbe Lied wie an jenem Juniabend. Im Zimmer war es schon dunkler als damals. Draussen im Hofe schien niemand mehr zu sein. Unwillkürlich dachte er an die stille Zuhörerin und sah sich nach dem Fenster um. Der Hof war leer. - Am nächsten Tage begegnete er ihr, als er das Haus verliess. Er sprach mit ihr, erzählte ihr, dass er gestern wieder das Lied gespielt habe, wie damals, als sie vor dem Holzstapel sass. "Ich habe es gehört" sagte sie. "Nicht im Hofe... weil das Fenster geschlossen war... draussen vor der Tür, im Flur." - Ja, so neugierig sei sie nun einmal.

Der Herbst kam. In den Winkeln der Gasse raschelte das Laub im Wirbel, fahles, schmutziges Laub, das der Wind von verkümmerten Bäumen herabriss. Ernst und Hilde sassen zusammen. Sie kam oft zu ihm. Das Tuscheln der Nachbarn war ihr gleichgültig. Ernst wunderte sich, weil Hilde sonst sehr empfindlich war, wie er bisweilen beobachtete, fast überempfindlich, und das bei Dingen, die sonst einen Menschen nicht sonderlich berührten. Er hatte sein Spiel eben beendet und stand ihr dicht gegenüber. Eine Ampel goss mattes Licht in den kleinen Raum. Hilde sass noch immer so, wie wenn sie zuhörte. Ihr Gesicht schien ihm schmaler geworden. Sie hielt den Kopf gesenkt, ein wenig nur, so, dass er die Augen sehen konnte.

An diesem Abend sprach Hilde, was sie nie zuvor getan hatte, von ihrem Leben. Sie zeichnete alles nach, was Ernst von dem armseligen Stadtviertel nur teilweise kannte. Hinter den grauen Mauern und dunklen Höfen lagen die eigentlichen Ruinen, die man nicht sehen konnte, wenn man aus den breiten Strassen der Stadt hinaus in die Brunnengasse ging.

Während Hilde erzählte, ruhte Ernsts Blick unverwandt auf ihrem Gesichte. Nur dann und wann begleitete er das Spiel ihrer Hände mit seinen Augen. Es war leidenschaftlich. Einige Male sah sie sich wie erschrocken um; da nahm er diese Hände, und sie erzählte weiter. Immer mehr verlor er das Bild des Mädchens, das - es war doch nur wenige Monate her - damals im Hofe gesessen und zu ihm herüber gegrüsst hatte.

Hilde kam zu Ende. Sie schaute zu ihm auf. Ernst sah in das Gesicht einer Frau. Lange blieben sie beisammen und hatten einen freundlichen Gefährten: das Schweigen. - Draussen kam die Nacht gegangen.

Die Zeit verrann. Ernst spielte das nordische Lied. Stille lag im Baum; so fanden sich die Töne und flochten einen seltsamen Kranz, der sich schimmernd um das Madonnenhaupt einer Mutter legte.

+ + +
Ein knappes Jahr ging dahin. Ernst Brückner war im Winter nach einer anderen Stadt gezogen. Hilde hatte ihm bis in den Frühling hinein geschrieben. Dann blieben alle Briefe aus. Als er während des Urlaubs nach seiner Heimat fuhr, wählte er einen Umweg und blieb einen Tag in dem Industrieort. Wieder wanderte er die Brunnengasse hinaus. Die Gegend hatte sich verändert. Neue Häuser waren hinter die alten getreten, kleiner, aber heimlicher sahen sie aus, und doch fühlte er sich fremd. Er ging rascher; bald entdeckte er das alte Mietshaus, von einem der Neubauten zur Hälfte verdeckt. Die Bänke vor der Haustür waren leer. Ein alter Mann hackte im Hofe Holz. Ernst kannte ihn von früher her.

Der Alte besann sich eine Weile. Dann meinte er freudig: "Ja, so... unser Musikante! - Ueber die üblichen Reden hinweg fragte Ernst nach Hilde: ob sie daheim sei. Der Alte sah ihn überrascht an: "Ja... wissen Sie denn nicht...?" - Ernst erzählte ihm, dass er seit Wochen keine Nachricht von ihr habe. Der Alte stellte die Axt beiseite und warf wie unwillig ein paar Scheite vom Pflock.

"Sie ist doch im Krankenhaus gestorben... das Kind auch. Besser so, viel besser so, denn der Vater hätte sich doch nicht um das Kleine gekümmert. - Sie kennen ihn nicht? - Stimmt schon, er kam ja damals nicht mehr zu ihr." Und mit einem traurigen Lachen setzte er hinzu: "Vielleicht war ihm der Weg von der Kolonie draussen zu weit."

Ernst unterbrach ihn: Hilde habe es ihm einmal erzählt, als er ihr vor-

gespielt. "Ja, das Lied, das mochte sie so gern. Wenn Sie es spielten, sah ich sie oft vor dem Fenster stehen; aber das ist wohl schon ein Jahr her?" -

Ernst Brückner ging wieder in die Stadt zurück. Auf der Gasse spielten ärmliche Kinder am Sandhaufen eines Neubaus. Drüben, jenseits der Häuserreihen, verkündeten dumpfe Fabriksirenen den Feierabend. Bald kamen die ersten Arbeiter die Strasse herauf. Sie sprachen miteinander über Alltägliches, über die Arbeit, über die Not... wie gestern.

O.F. Heinrich.

Der "Spürhund" der Geräusche.^X

Von A. L. Woodridge (Hollywood)

SPD. Der neueste Beruf, den die Entwicklung des Tonfilms mit sich gebracht hat, ist der des Geräusche-Detektive oder - um im Filmjargon zu sprechen, - des "Spürhunds" der Geräusche. Er ist ein geheimnisvolles, mit einem Voltmeter und andern Prüfapparaten bewaffnetes Individuum, das man überall dort, wo Tonfilmaufnahmen gemacht werden, unherschleichen sehen kann. Wenn der Tonmischer, der in seinem schallundurchdringlichen Raume die Aufnahmen abhört, ein störendes Geräusch entdeckt, dessen Ursache er nicht sogleich finden kann, dann ruft er den Geräusche-Detektiv. Ist das Geräusch ein bestimmtes, scharf ausgeprägtes Knattern, so wird der Geräusche-Detektiv zunächst die elektrische Apparatur untersuchen und nachsehen, ob sich nicht etwa zwei Drähte verfangen haben und dadurch die störende Induktion bewirken. Trifft diese Ursache nicht zu, so stellt der Geräusche-Detektiv weitere Untersuchungen an.

Es gibt sonderbare Ursachen für die Störung von Geräuschen. Kleider, Spangen, Armbänder, Schuhe, Hüte und andre Toilettegegenstände verursachen oft unerwartete Störungen und müssen durch Posamentereien ersetzt werden, die weder klirren noch quietschen.

Obwohl seit den ersten Tagen des Tonfilms unbotmässige Schuhe und geräuschvoller Schmuck weit seltener als früher angetroffen werden, wurde eine neue Art von Störung anlässlich der Aufnahmen zu dem Greta Garbo-Film "Die Sühne" entdeckt und erfolgreich bekämpft. Die ersten Szenen waren bereits gedreht worden, als sich die Techniker darüber beklagten, dass überall dort, wo Erich von Stroheim auftrat, ein lästiges knarrendes Geräusch zu hören war. Nachforschungen des Geräusche-Detektivs ergaben, dass dieses unwillkommene Geräusch auf Stroheims Gewohnheit zurückzuführen war, sich, wenn er eine Wendung machte oder stehen blieb, auf seinen Absätzen herumzudrehen. Anstatt den bekannten Charakterdarsteller zu überreden, diese Gewohnheit aufzugeben, legte der Geräusche-Detektiv zwei schalldämpfende Einlagen in Stroheims Schuhe. Mit einem Schlage war das störende Geräusch verschwunden.

In dem Marie Dressler-Film "Prosperity" war eine Szene, die in einer Bank spielte, aufgenommen worden, als sich der Geräusche-Techniker darüber beklagte, dass das neue Geld, das Eräulein Dressler in dieser Szene in Empfang zu nehmen hatte, den Dialog fast unhörbar machte. Versuche zeigten, dass das Mikrofon das Rascheln der Banknoten gewaltig verstärkte. Da ein besonderer Grund vorlag, in dieser Szene neue und nicht alte Banknoten zu verwenden, so wurde das Geld geräuschlos gemacht, indem man es zuerst mit Wasser befeuchtete und dann unter einem elektrischen Trockenapparat trocknen liess. Als man dann die Szene nochmals aufnahm, raschelte das Papier nur gerade noch genug, um zu sehen, dass es sich um neues Geld handelte.

In andern Fällen wieder sind unerwünschte Geräusche auf die Anwesenheit ungebeter "Extras" zurückzuführen. Kürzlich wurde eine der dramatischsten

Szenen von O'Neills "Seltsames Zwischenspiel" gedreht. Norma Shearer und Clark Gable wurden durch ein besonders durchdringendes Geräusch überrascht, das von keinem der Anwesenden ausging. Dem Geräusche-Detektiv kam der Laut vertraut vor, und als er hinter eine Mahagonikommode kroch und dort eine kalifornische Grille entdeckte, war die Ursache klar.

Anlässlich der Aufnahmen zu der zart-melodramatischen Szene eines andern Films hatte sich eine Katze auf die Bühne geschlichen, bevor man die Aussentüre hatte schliessen können. Als nun einer der Darsteller mit einem Revolver bedroht wurde, brachte die mitfühlende Katze ein langes, mitleidiges Miauen hervor. Die Kurbeln kamen zum Stillstand, und alles lief auf die Katze zu, die auf einen Deckenbalken flüchtete. Eine halbe Stunde lang konnte man sie nicht fassen. Auch der Geräusche-Detektiv konnte nicht helfen. Der anwesende Zimmermann, der besonders lange Arme hatte, wurde der Held des Tages: er stieg auf eine Leiter und fing den unbotmässigen Besucher endlich ein.

Einer der amüsantesten Vorfälle ereignete sich in der ersten Periode des Tonfilms, als eine kurze Szene in einem New Yorker Atelier aufgenommen wurde und ein merkwürdiges klapperndes Geräusch, das die Handlung immer wieder unterbrach, schliesslich auf ein falsches Gebiss zurückgeführt wurde, das im Munde seiner Trägerin nicht ordentlich sass. Damals gab es noch keinen "Spürhund" der Geräusche. Aber, wenn es auch einen gegeben hätte, wäre nicht er, sondern ein Zahnarzt in diesem Falle von Nutzen gewesen.

Mit der Vervollkommnung der Tonfilmapparatur hat es sich ergeben, dass die meisten störenden Geräusche von innen her und nicht von aussen kommen. Das mag auch darauf zurückzuführen sein, dass man heute Geräusche wie das des Windes, der sich in einem Klicke verfährt, oder eines von einem Baume herabfallenden Astes zu den "zulässigen" Geräuschen zählt. In den ersten Tagen des Tonfilms brachten Automobile und Aeroplane sehr oft störende Einwirkungen mit sich; aber heute sind die für Aufnahmen bestimmten Grundstücke so sorgfältig gewählt und die Behörden haben allen Verkehr so gründlich aus ihrer Nähe abgelenkt, dass sich derartige Störungen kaum mehr ereignen.

Kreisel.

SPD. Irgendwo findet eine Abrüstungskonferenz statt.

Ja, um was drehen sich denn diese wild schnarrenden, rasend gewordenen, grotesk auffaulenden Kreisel? Um den Weltfrieden? - Nein, um ihre eigenen Achsen. Das liegt nun mal im konstruktiven Gesetz aller Kreisel begründet, und von dieser Regel machen auch die vielfältigen Menschen- und Gesellschaftsgruppen keine Ausnahme, die nach dem gleichen System der Drehkraft sich in Kreisel wandeln, in kleine, grössere, ganz grosse. Alle drehen sich um ihre immer gleiche Achse, knarren, brummen, heulen - das heisst, nur, wenn sie richtig aufgezo-gen sind.

Die Achsen dieser menschlichen Drehtöpfe stellen das stärkere, das starre Prinzip dar, sei's Staat, Gesellschaft oder Kirche, Besitz oder Titel, Sinn oder Unsinn, Erkennen oder Vorurteil, kurz, was das Dasein eines Volkes, einer Gruppe oder eines Grüppchens ausmacht. Um dieses Was drehen sie sich. Von ihm empfangen sie Meinung und Richtlinien. Jede solcher Achsen ist ein Diktator, im kleinen, im grossen, ein Führer, ein Despot oder ein anderes Götzenbild. Und wäre diese Erde ein einziger glattgeölter Parkettboden, dann hätten sie sich wohl schon längst zu Tode gerast - die Menschenkreisel.

Weltanschauung, Richtung, Moral, Rekord, Schlamassel, Kultur - Achse, Achse, nichts als Achse. Rund um den Erdball Kreisel über Kreisel, vielmehr Kreisel gegen Kreisel; denn Kampf ist ihre hehre Bestimmung. Und dazu brauchen sie sich lediglich zu drehen und zu brüllen, wie die Achse will. Einzeln oder in

in gedeckten oder in offenen Kampffronten. Das ganze, alles umfassende Kreisel=spiel heisst: die Menschheit.

Irgendwo löst sich eine Abrüstungskonferenz auf - um den Weltfrieden zu erhalten? - Nein, um weiter zu rüsten!

Karl Schneider=de Witt.

Ein Altmeister der Publizistik.*

Zum 100. Todestage von Friedrich Gentz am 9. Juni.

SPD. Mit der Metternich'schen Aera grundsätzlicher Reaktion und geschickter Niederhaltung aller liberalen Gedanken ist das Leben und Wirken von Friedrich Gentz hauptsächlich für die Nachwelt verknüpft. Franz Mehring bezeichnet ihn nicht mit Unrecht als den Soldschreiber der Heiligen Allianz, der sich über Owens grossartige soziale Wirksamkeit in England lustig macht und raffiniert durchblicken lässt, dass in Oesterreich und Preussen kein amtliches Interesse an kultureller Hebung der Massen besteht. Mit einem solchen abschätzigen Urteil wird gewiss ein nur zu bezeichnendes Schlaglicht auf die Persönlichkeit von Gentz geworfen. Beachtenswert und wichtig bleibt dennoch sein eigentümlicher Werdegang und seine literarische Bedeutung als Publizist. Ganz besonders deshalb, weil seine grosse Schreibbegabung zusammen mit den Schriften von Görres, Börne, Varnhagen u. a. den Beginn einer formgerechten und lebendigen deutschen Publizistik eingeleitet hat.

Friedrich Gentz wurde am 2. Mai 1764 in Breslau geboren. In Berlin wuchs er als Sohn eines dorthin berufenen Münzdirektors auf. Er besuchte das Joachimsthalsche Gymnasium und wurde Student in Königsberg. Bei dem mehr als mittelmässigen Schüler und richtungslosen Studenten deutete nichts auf eine besondere Begabung. Erst Kant als Lehrer und Persönlichkeit wird für ihm zum grossen Erlebnis, das ihn plötzlich ungewöhnlich emporhebt und ihn in eine stete Sphäre überlegener Denkerklarheit emporhebt. Allerdings nur im rein intellektuellem Sinne. Das eigentümliche Ethos Kants bleibt Gentz verschlossen und fremd. Sein schliessliches Enden im Dienste der österreichischen Reaktionspolitik wird damit wiederum verständlich.

Amtlich tätig ist Gentz zuerst in Berlin, von 1786 bis 1802 als Sekretär und nachfolgend als Kriegsrat beim Generaldirektorium der Finanz- und Kriegsbehörde. Mit Interesse verfolgt er daneben die Ereignisse und Lehren der französischen Revolution, 1791 noch stand er ihr bejahend gegenüber und versuchte sie mit einer Schrift "Ueber den Ursprung der neuesten Prinzipien des Rechts" fruchtbar zu machen. Zwei Jahre später aber steht er, der sich als vornehmer Verschwender und grossartiger Schuldenmacher einen Namen macht, schon auf einem ganz andern Standpunkt. Er bringt des Engländers Edmund Burke "Reflexionen über die französische Revolution" in deutscher Sprache heraus und stellt sich in seinen Erläuterungendazu, im Gegensatz zu den früher betonten naturrechtlichen Forderungen, auf den Standpunkt der Lehre von den Tatsachen, der Geschichtlichkeit und der lebendigen Anschauung vom Staate. Es lässt sich nicht abstreiten, dass in diesen und anderen Veröffentlichungen die literarische Kultur um 1800 und die grosse Ideenphilosophie in journalistisch grossartiger und vornehmer Form zutage tritt, unter Ueberwindung der bis dahin üblichen Schwerfälligkeit der deutschen Sprache gerade auf diesem Gebiete. Auch als Gentz, unermüdlich publizistisch tätig, später ein Bild Englands als eines durch seine historisch erwachsenen konstitutionellen Einrichtungen bestgesicherten Staatswesens zeichnet, im Verfolg seiner Studien sogar auf dieses Vorbild in einem offenen "Sendschreiben" an den jungen zur Regierung gelangten König Friedrich Wilhelm III. hinweist und sich schliesslich in die publizistische Front gegen Na=

poleon als den Repräsentanten der Revolution einreicht, ist nicht nur sein Stil von Bedeutung, sondern auch seine Haltung ganz eindeutig. Merkwürdig berührt es nur, dass er "auf dem Gnadenwege" amtliche Gelder aus Oesterreich bekommt, die er als Anerkenntnis seiner publizistischen Tätigkeit verbucht. In seinem auffällig mit der grossen Diplomatie gesuchten Verkehr fühlt er sich dagegen als Publizist nicht wohl; gänzlich unbehaglich aber ist ihm seine Stellung als kaufmannsgebender Beamter im kleinstaatlich beschränkten Preussen.

Als seine Gönner ihm die Möglichkeit freier publizistischer Tätigkeit im österreichischen Staatsdienste vermitteln, willigt er sofort ein. In Wien wird er zuerst durchaus nicht mit offenen Armen aufgenommen; im Gegenteil, er hat es schwer, sich dort gegen den aristokratischen Standesdünkel durchzusetzen. Erst als Metternich vom Gesandten in Dresden zum Leiter der österreichischen Politik zum Gegenspieler Napoleons wird, beginnt seine grosse Wirksamkeit. Er wird zum "denkenden" Kopf des Metternich'schen Systems. Seine ersten Aufrufe gegen die französische Eroberung Europas haben Schwung und inneren Gehalt; seine 1806 erschienene Schrift "Fragmente aus der neusten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa" kann ernsthaft politisch-welthistorische Bedeutung beanspruchen. Als jedoch Metternichs Macht in reine Reaktion ausartet, wirkt Gutzkow nur noch als "Rat im äusseren Dienst bei der Staatskanzlei". Im Wohlleben angekommen, meinungslos und meist anonym führt er in den österreichischen Staatschriften Metternichs Absichten aus. Seine einst so lebendige Schreibweise verflacht sich mehr und mehr in nur zu geläufigen Wortschwall. Er starb am 9. Juni 1832 in Weinhaus bei Wien. Sein Leben ist ein lehrreiches Beispiel, ein nicht seltenes deutsches Schicksal.

Dr. Otto Brattskoven.

SPD. Das Antlitz des Hans Sachs.^x Von Hans Sachs, dem berühmten Schuhmacherdichter und Meistersinger des 16. Jahrhunderts, gibt es zwei Originalporträts, das eine davon, auf Blech gemalt, ist im Besitz der Thüringischen Landesbibliothek, in Weimar. Das andre befindet sich im Germanischen Museum in Nürnberg der Heimat des Hans Sachs. Ueber die Weimarer Bibliothek hatte Goethe im Jahre 1777 die Aufsicht übernommen.

SPD. Umgang mit Prominenten.^x Der berühmte englische Schauspieler Kean hatte einen Streit mit einem Theaterdirektor Rich gehabt und fuhr nach Bath. Er bereute aber seine Flucht sehr bald und schrieb, um einzulenken, dem Direktor folgenden Brief: "Ich bin in Bath. Kean." - Rich, aufs neue verärgert durch den lakonischen Ton des Briefes, gab zur Antwort: "Bleiben Sie dort, bis Sie der Teufel holt! Rich."

SPD. Stammbücher.^x Die Stammbücher, die eine Zeit lang grosse Mode waren, in die sich Freunde mit Sprüchen einschrieben, sind ursprünglich ausgegangen von den wandernden Handwerksburschen. Diese pflegten auf ihren Wanderungen Hefte mit sich zu führen, in die sich einzutragen sie unterwegs allerlei bekannte Persönlichkeiten baten. Später übernahm der Adel diese Sitte, und in den Stammbüchern wurden dann auch Dinge aus der Familienchronik verzeichnet, aus dem "Stamm". Daraus entstand allgemein die Bezeichnung "Stammbuch".

Preussischer Landtag

3. Sitzung

SPD. Berlin, 1. Juni 1932

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Borck (Dtn.) zwei Urantrräge der Deutschnationalen mit auf die Tagesordnung zu setzen, die das Verbot der sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen und Ausschluss der Dissidenten vom Schulaufsichtsdienst fordern. - Den Anträgen wird widersprochen, so dass sie nicht sofort mit zur Debatte gestellt werden können.

Abg. Kasper (Komm.): Wir protestieren gegen die unerhörten und beispiellosen Polizeimassnahmen des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten. Als angebliche Landtagswache hat er in Zivil verkleidete Schutzpolizisten aus der Systempolizei der Herren Grzesinski und Weiss herbeigerufen. Das ist ausgerechnet einem nationalsozialistischen Präsidenten vorbehalten geblieben. (Sehr gut! b.d.Komm.)

Präs. Kerri: Der Präsident trägt die Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit und auch für die Würde des Hauses. (Sehr wahr! b.d. Soz. und im Zentrum). Ich habe es für notwendig gehalten, die Landtagswache einzurichten. Eine Abstimmung darüber kann ich nicht zulassen. (Lärm b.d. KPD.)

Abg. Kube (Nat. Soz.) beantragt, mit der politischen Aussprache einen nationalsozialistischen Urantrag zu verbinden, der wegen der Zusammenstösse beim Aufziehen der Skagerrakwache die Dienstentlassung des Polizeipräsidenten Grzesinski, die disziplinare Bestrafung des Kommandeurs Heimannsberg und die Aburteilung der schuldigen Polizeibeamten durch einen deutschen Richter fordert. Der Antrag solle dem Verfassungsausschuss überwiesen werden. - Gegen die Mitberatung dieses Antrages am Donnerstag wird Widerspruch nicht erhoben.

Hierauf werden die von den Nationalsozialisten beantragten Untersuchungsausschüsse gegen die Polizei und gegen die Justiz eingesetzt; ebenso der Ständige Ausschuss und eine Reihe weiterer Ausschüsse. Der nationalsozialistische Antrag auf Revision der Geschäftsordnung wird ohne Debatte dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Es folgen die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Kürzung der Unterstützungen und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Schwenk (Komm.): Otto Braun hat in seinem Brief an Brüning und Hölttermann in der Hamburger Kundgebung der Eisernen Front die 36-Stundenwoche gefordert. Wir sind gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit, die einen neuen Lohnraub bedeutet. Wir wehren uns auch gegen die Vermehrung des Siedlerelends. Die Arbeitsbeschaffungspläne der Gewerkschaften und der Nationalsozialisten laufen auf eine neue Inflation hinaus. Unseren kommunistischen Anträgen für die Arbeitslosen wird niemand zustimmen. Sollte es aus demagogischen Gründen doch geschehen, wird sich keine Regierung finden, die sie durchführt. Innerhalb des Kapitalismus gibt es keine Lösung der Arbeitslosenfrage. (Beifall b.d. KPD.)

Abg. Frau Hanna (Soz.):

Wir erblicken mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun in der Arbeitslosenfrage das Zentralproblem der inneren Politik. Wir haben - Partei und Gewerkschaften - seit Jahren unsere Arbeitsbeschaffungspläne vorgelegt und propagiert. Wir haben auch diesem Landtag sofort bei seinem Zusammentritt unsere Forderungen für die Arbeitslosen erneut unterbreitet, und unser Antrag ist bereits am vorigen Mittwoch dem zuständigen Ausschuss überwiesen worden. Die Forderungen, die er enthält, stimmen überein mit den Vorschlägen, für die zuletzt am 13. April der ausserordentliche Gewerkschaftskongress demonstriert hat. Unsere Vorschläge ruhen auf dem Verantwortungsgefühl gegenüber den Volksgenossen und auf dem Mitgefühl für die menschliche Not, die jeden Abgeordneten verpflichten sollte, uns zu helfen das Elend der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Bereits auf dem Gewerkschaftskongress haben unsere Führer Leipart und Grassmann beklagen müssen, dass ein grosser Teil der Oeffentlichkeit die steigenden Ar-

beitslosenziffern mit einem Gleichmut hinnimmt, als handele es sich um die täglichen Wetterberichte. Dabei bedeuten diese Zahlen nicht nur ungeheure materielle, sondern auch seelische Not.

Was kann zur Abhilfe sofort geschehen? Wir fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit; aber wir wissen, dass sie leider nicht so stark wirken wird, wie man das im Interesse der Arbeitslosen wünschen müsste. Denn Millionen Arbeiter leiden schon jetzt schwer unter einer weitausgedehnten Kurzarbeit. Daneben besteht freilich noch immer Arbeitszeit und Arbeitsbereitschaft von unerhörter Ausdehnung, und es wird noch immer Ueberarbeit und sogar Frauenarbeit bei Nacht in grossem Umfang genehmigt. (Zuruf des Abg. Koenen: Und das alles tolerieren Sie!) Ich werde auf Ihre Zwischenrufe nicht antworten. (Zuruf bei den Komm.: Sie können es nicht!) Es wäre wirklich nicht schwer; aber ich rechne auf die Arbeiter, die auch ohne Worte begreifen, dass ich jetzt wichtiges zu tun habe, als mich mit Ihnen zu zanken. (Sehr gut! b.d. Soz.) Die Rationalisierung und die gegenwärtige Methode der Arbeitsart machte auch ohne die riesenhafte Arbeitslosigkeit ein wesentliches Heruntergehen unter die Achtundvierzigstundenwoche notwendig. Die Idee der Verbilligung der Produktionskosten und der Preissenkungen, die man uns entgegengestellt hat, hat sich als Illusion erwiesen. Die Preissenkung ist nirgends der Lohnsenkung nachgekommen und vielfach sogar nur zum Schein auf Kosten der Qualität erfolgt. Wir können den Warenabsatz nur erhöhen, wenn wir die Arbeitszeit herabsetzen und die Kaufkraft sicherstellen. Da die Durchführung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im wesentlichen Reichssache ist, kann ich an dieser Stelle auf Einzelausführungen verzichten.

Unsere Forderung der Arbeitsbeschaffung darf nicht an der Finanzierungsfrage scheitern. Unsere Vorschläge haben sich stets von allen inflationistischen Ideen ferngehalten; wir sind uns stets bewusst geblieben, dass wir ein armes Land und ein armes Volk sind. Aber wir haben auch stets auf die Geldquellen hingewiesen, die sich noch erschliessen lassen, und wenn unseren Plänen immer nur die Gefahr der Inflation entgegengestellt wird, so verbirgt sich hinter diesem Geschrei Unfähigkeit und Mangel an Mut und Willen, an die Arbeitsbeschaffung ernsthaft heranzugehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Schliesslich hat ja das Reich ungeheure Geldmittel für Subventionen aller Art aufgebracht, auch für zweckwidrige, wie sie etwa in der Denkschrift des Rechnungshofes über die Osthilfe gebrandmarkt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Durch rechtzeitige Vorbeuge gegen Unwetterschäden könnte man z.B. nicht nur Arbeit schaffen, sondern auch Werte erhalten und Mittel freistellen, die sonst Jahr für Jahr für unzureichenden Schadenersatz gebraucht werden. Auch bei der Renovierung der Altwohnungen und bei der Siedlung lässt sich zweckmässig neue Arbeit schaffen, wenn wir auch gerade bei der Siedlung dringend davor warnen müssen, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können. Der Sturz des Kabinetts Brüning hat die Aussichten auf eine vernünftige Arbeitsbeschaffungspolitik leider nicht verbessert. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Und auch nicht die Aussichten auf eine internationale Verständigung, die zu einer stärkeren Schwächung der Arbeitslosigkeit unerlässlich wäre. Die endgültige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit wird überhaupt im Rahmen des heutigen Wirtschaftssystems nicht gelingen. Es wächst die Zahl der Männer, die das einsehen, in der ganzen Welt. Hat doch schon vor Wochen der Gouverneur der Bank von England schriftlich niedergelegt, der Kapitalismus werde in einem Jahr erledigt sein, wenn er die Probleme der Gegenwart nicht bewältigen könne. In der Tat werden die Völker auf die Dauer nicht dulden, dass unter dem grössten Elend und auf Kosten der Allgemeinheit die privatkapitalistische Wirtschaft erhalten wird. (Zuruf bei den Kommunisten) Wenn Sie nicht existieren, wäre die Sozialisierung bereits ein erhebliches Stück weiter voran. (Sehr wahr! bei den Soz.) Autarkie und Arbeitsdienstpflicht würden die Not der Massen nur steigern. Wir nähren auch keine Illusionen über

den freiwilligen Arbeitsdienst, der günstigenfalls nur einen verhältnismässig kleinen Bruchteil besonders jugendlicher Arbeitsloser vorübergehend beschäftigen kann. Aber soweit damit nicht auf Tarifbruch und Lohndruck gezielt wird, wollen wir jeden vernünftigen Plan gern sorgfältig prüfen. Unsere Forderung aber lautet: Schafft Arbeit, die den schaffenden Menschen Recht und Lebensmöglichkeit gewährt! (Lebhafter Beifall b.d. Soz.)

Soweit wir die Arbeitslosen nicht in Arbeit bringen können, muss die Arbeitslosenversicherung unbedingt aufrechterhalten werden. Darüber hinaus ist die Arbeitslosenunterstützung zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Jeder Abgeordnete sollte sich verpflichtet fühlen, mit uns Wege zu suchen, die die Not der Gegenwart praktisch mildern helfen. Wir jedenfalls lassen uns auch in dieser Frage leiten von unserem Verantwortungsgefühl gegen Volk und Staat und von unserem tiefen Mitleid mit den Opfern dieses Wirtschaftssystems, für dessen Überwindung wir kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Lohse (Nat. Soz.): Wir werden die Frage der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen in der politischen Gesamtaussprache erörtern.

Abg. Hebborn (Ztr.) Es ist eine Schande, dass die leider unvermeidliche Kürzung der Unterstützungen den Sozialreaktionären noch nicht weit genug geht. Wir wollen an allen Arbeitsbeschaffungsplänen gern mitarbeiten; aber Arbeit beschaffen kostet eben pro Kopf dreimal soviel wie Arbeitslosenunterstützung. Für die Unterstützung der Arbeitslosen hat noch kein Staat soviel aufgebracht wie Deutschland. Aber das war auch notwendig, und jeder Versuch, die Arbeitslosen noch tiefer ins Elend zu stossen, wird von uns bekämpft werden.

Abg. Koenen (Komm.): Diese Erklärung des Zentrums soll nur verdecken, dass am Elend der Arbeitslosen die Brüning und Hirtlsiefer die Schuld tragen. Und mit ihnen die schlimmsten Agenten der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten. Die ganze Arbeitslosenversicherung ist nur eine Ausplünderung der Arbeiter, und ihre Selbstverwaltung ein Gewinn nur für die sozialdemokratischen Bonzen. (Lebhafter Beifall bei den Nat. Soz.) Wir haben die Arbeitslosenversicherung nie als etwas anderes betrachtet als ein Teil von dem, was die Sozialdemokratie überhaupt ist: bewusste Betrüger der Arbeiter. Ihre Arbeitsbeschaffungspläne sind genau so Inflation wie die der Nazi, und die Börse ist bereits mitten in der Inflationshausse. Wir wollen in Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Naziproleten die kapitalistische Wirtschaft zerstören, und schon deuten die Zeichen des Tages überall auf neue revolutionäre Aktion. (Lebhafter Beifall bei den Komm.)

Die Anträge werden schliesslich dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Misstrauensantrag der Kommunisten gegen die geschäftsführende Regierung Braun; Antrag der deutschnationalen auf Aenderung der Geschäftsordnung betr. Wahl des Ministerpräsidenten; politische Gesamtaussprache.